Einzelpreis 1.00 Mk.

Volksstimme

Sozialdemokratische Zeitung für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Fernsprech-Anschlüsse: Für Inserate Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschließlich Zustellung 60.00 Mark, monatlich 20.00 Mark. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen vierteljährlich 57.00 Mark, monatlich 19.00 Mark. Bei den Postanstalten vierteljährlich 60.00 Mark, monatlich 20.00 Mark. — Anzeigengebühr: die 9gespaltene Nonpareillezeile 4.50 Mark, auswärts 6.00 Mark, im Reklameteil Zeile 17.00 Mark, auswärts 23.00 Mark. Vereinskalender Zeile 4.00 Mark. Anzeigenrabatt geht verloren, wenn nicht binnen 20 Tagen Zahlung erfolgt. Postscheckkonto: Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 108. Magdeburg, Mittwoch den 10. Mai 1922. 33. Jahrgang.

Gegen Revolution und Republik.

Aus München wird uns zu dem abgeschlossenen Prozeß gegen den toten Eisner geschrieben:

Der Versuch, vor einem Schöffengericht die Ursachen der größten Weltkatastrophe zu ermitteln und festzustellen, ist schmählich mißglückt. Trotz des in der gefälligen, an die Schwerindustrie verkauften Presse angestimmten Tamtams und der Gesinnungsstumpfheit der Blätter, die alles, was gegen die Revolution und die Republik gerichtet ist, von vornherein als „patriotisch“ betrachten. Professor Coßmann, der Herausgeber der „Süddeutschen Monatshefte“, die schon seit Jahren ihre Existenz den Zuwendungen schwerindustrieller Scharfmacher verdanken — er trägt auch für das gesinnungsloseste aller „Welt“-blätter, die „Münchener Neuesten Nachrichten“ die geistige und politische Verantwortung —, hat in dem vergeblich zu politischer Bedeutung aufgepumpten Prozeß die Regie geführt. Dieser „Wahrheitssucher“ ließ sich von einem gleichartig befangenen Nichtpolitiker, dem Rektor der Münchner Universität A. v. Müller, sogar das Zeugnis eines fanatischen Wahrheitssuchers ausstellen.

Aber auch fanatische Wahrheitssucher leiden an einer falschen Einstellung der politischen Perspektive, weshalb die Coßmänner den Splitter in Eisners Augen sahen, aber nicht den dicken Balken in ihren eignen. Eisner soll durch die Veröffentlichung und die Kürzung des Berichts des bayrischen Bevollmächtigten in Berlin, v. Schoen, wie durch seine irrtümliche Angabe, v. Lerchenfeld, der bayrische Gesandte, sei der Verfasser, dem Feindbund das Material in die Hand gegeben haben zur Durchsetzung des Versailler Schandfriedens. Zum Beweis dessen und nach Gutachten aus Frankreich, England, Amerika und den neutralen Staaten und für diesen vertanen Aufwand opferte man sechs Tage und eine große Summe Geldes. Denn die Prozeßkosten dürften sich auf 100 000 Mark belaufen.

Das Ergebnis besteht für jeden, der in die Ursachen des Weltkriegs etwas tiefer eingedrungen ist, in der Erkenntnis, daß die Besatzung des detachierten deutschnationalen Forts „Coßmann“ in Bayern, einen Ausfall unternahm, einmal um die gegen Fechenbach begangene Verleumdung zu verschleiern, und dann, um nach dem Rezept der wilhelminischen Gehilfen das Volk weiterhin irrezuführen und seinen Blick von den wahren Schuldigen abzulenken. Der Versuch, Eisner und die Revolution für den Versailler Schandfrieden verantwortlich zu machen, war freilich verlockend genug! Was zum Beweis herbeigeschleppt wurde, konnte jedoch nur auf die mit erblichem Untertanengeist belasteten und die politisch Blinden des deutschen Volkes überzeugend wirken. Die Methode war zu einfach, um nicht sofort durchschaut zu werden: man beschränkte die Untersuchung der Schuldfrage auf die Zeit unmittelbar vor Kriegsausbruch, um zu beweisen, daß von allen Brandstiftern Europas, die mit Zündhölzern bewaffnet um das Weltpulverfaß herumstanden, um es gelegentlich in Brand zu setzen, Deutschland allein solche Absicht nicht hatte. Die andern Brandstifter versichern das gleiche!

Solange die ausländischen Archive nicht geöffnet werden, und vor allem die des deutschen Generalstabs nicht, wird die Beantwortung der Schuldfrage immer nur einem Herumschleichen um die Wahrheit gleichkommen. Etwas andres geschah auch in München nicht! Was dort aber unterlassen wurde, war etwas weit Schlimmeres!

Während die durchaus objektiven Darstellungen der Entwilung zum Weltkrieg eines Kjellén, Keynes, Morel und vieler andrer in dem Labyrinth gefälschter Dokumente, bewußter Täuschungen und sonstiger betrügerischer Schönheiten der alten Diplomatie einen sichern Leitfaden zur Ermittlung der Wahrheit bieten, verzichtete der von den Deutschnationalen in dem Münchner Prozeß aufgebotene Heerbann im vornhinein vermittels einer analytischen oder induktiven Methode, die letzten Ursachen der Weltkatastrophe zu ergründen. Warum das nicht geschah, ist ohne weiteres einleuchtend. Wäre es geschehen, so hätte das ganze Elend der blöden und selbstmörderischen Politik unter Wilhelm 2. aufgedeckt werden müssen, und dabei wären die Elemente des deutschen Volkes, die mit dem Münchner Prozeß die Wahrheit verschieben wollten, selbst arg unter die Räder gekommen. Denn dann hätte auch ein furchtbarer Schuldanteil der Gegner der Sozialdemokratie zutage treten müssen, die sich seit 1870 vergebens bemüht hatte, die politische Verblödung des deutschen Volkes aufzuhalten, die Militarismus, Marinismus und herostratische Kundgebungen eines nicht normalen obersten Kriegsherrn energisch, aber erfolglos bekämpfte. Es ist daher verständlich, daß sich die Coßmänner nicht auf ein Gebiet begaben, bei dem sie selbst in die Luft fliegen konnten. Man blieb deshalb „sachlich“, d. h. man sperrte die Wahrheit in eine kleine Kammer ein, damit sie nicht ausbrechen und das künstliche Gewebe von der Alleinschuld der andern vor aller Welt zerstöre.

Gewiß, Deutschland wollte den Krieg nicht, aber es wollte auch den Frieden nicht, sondern es ging den andern Staaten mit dem schlechten Beispiel voran, nach dem fluchwürdigen Grundsatz, wer den Frieden will, muß den Krieg vorbereiten. Es sei gestattet, hierbei an zwei verpaßte Gelegenheiten zu erinnern, die den Weltkrieg hätten verhindern können. Im Jahre 1908 bei der Affäre des „Daily Telegraph“ waren sogar die Konservativen bereit, Wilhelm 2. entmündigen zu lassen, aber die Indolenz des deutschen Volkes und der Einfluß der militärischen und schwerindustriellen Kreise vereitelten diesen Akt der Friedensbürgschaft. Von da an wurde mit dem Kriegs- und Friedensgedanken in Berlin Ball gespielt, nein, Kegel geschoben! So weit war das Schachspiel Bismarcks, mit dem er sich von dem Alpdrücken der Bündnisse zu befreien suchte, unter Wilhelm dem Unzurechnungsfähigen heruntergebracht worden!

Die andre Gelegenheit bot sich schon im August 1895, als der deutschfreundliche englische Premierminister Salisbury gelegentlich der Regattawoche in Cowes an den Kaiser mit dem Vorschlag herantrat, sich über Kleinasien zu einigen. Das bedeutete Englands Beitritt zum Dreibund und den Weltfrieden. Aber Wilhelm wurde grob, wie immer, wenn ihm nicht geschmeichelt wurde, und der allzu mächtige Mephistopheles der deutschen Politik von Holnstein, witterte in seiner galligen Anglophobie eine Intrige Englands, als August Bebel, der im kleinen Finger mehr staatsmännischen Geist besaß als sämtliche Köpfe des Auswärtigen Amtes zusammen — der geniale Graf Hatzfeld bezeichnete das Auswärtige Amt einmal als das „Zentralrindvieh“ —, schlug die Hände zusammen, als er zehn Jahre später die Nichtannahme dieses glänzenden Angebots erfuhr. „Eine Annahme des Salisburyschen Vorschlags“, sagt er, „und eine kluge und sachgemäße Durchführung hätte die ganze soziale Frage bei uns in Deutschland um mindestens zwei Drittel gelöst.“ Wilhelms Kreaturen waren aber so unfähig wie ihr Herr und Meister selbst.

An diese Dinge muß erinnert werden, um zu begreifen, warum wir den vergeblich zu politischer Bedeutung aufgeputzten Münchner Prozeß eine Komödie nennen. Richtiger wäre es noch, ihn im Sinne der Franzosen als „Comédie à tiroir“ zu bezeichnen, als „Schubladenstück“, bei dem einzelne Szenen, ohne innern Zusammenhang wie Schubladen aufgezogen werden. Ein solches Schubladenstück ist auch in München als Nachspiel der Tragödie des deutschen Volkes zur Aufführung gekommen. An dieser Tatsache kann das Lärmen der Preßmarktschreier der „nationalen“ Zeitungen nicht das geringste ändern. —

Der seidene Faden.

Alles hängt am Orte der europäischen Konferenz zur Stunde an einem seidenen Faden, und dieser Faden ist russischen Gespinstes.

Von der Hoffnungslosigkeit, die nach dem Zusammenprall zwischen Lloyd George und Barthou am Sonntag in Genua herrschte, haben sich die meistbeteiligten Akteure nicht ganz zu Boden drücken lassen. Trotz der schlechten Stimmung ist weiter privat verhandelt und öffentlich auf die Presse eingeredet worden. Wenn es nicht gelingt, zwischen den Alliierten — sei es auch nur zwischen einem Teile von ihnen — und den Russen zu einer Einigung zu kommen, ist an die Herstellung eines Burgfriedens für Europa nicht zu denken. Dann muß die Konferenz resultatlos auseinandergehen und Lloyd George kehrt als Geschlagener in sein Land zurück.

Deshalb setzt der englische Premierminister alle seine Künste daran — und sie sind nicht gering —, um das Zerreißen des seidenen Fadens zu vermeiden. Die Russen dürfen die Bedingungen der Alliierten nicht glattweg ablehnen, sondern müssen ihre Antwort so abfassen, daß weitere Verhandlungen möglich sind. Um dies zu erreichen, hat sich Lloyd George neben der italienischen auch der deutschen Vermittlung bedient. Er hat Wirth und Rathenau empfangen, diese haben danach auf Tschitscherin eingeredet und dann sind die Sowjetdelegierten auch noch bei Lloyd George selber gewesen.

Nach diesen Vorbereitungen und Beeinflussungen wird jetzt gemeldet, daß die russische Antwort für Mittwoch in Aussicht steht und daß sie weitere Erörterungen notwendig im Gefolge haben wird. Der Inhalt der Antwort wird schon skizziert. Das „Berliner Tageblatt“ läßt sich darüber telephonieren:

> In großen Zügen wird die russische Antwort dahin lauten, daß die Kreditangebote der Alliierten weder in der Form noch dem Inhalt nach der Sowjetdelegation als ausreichende Gegenleistung für das gelten, was die russische Regierung den alliierten Mächten einräumen will. Es werden aber die Angebote, die in dem einleitenden Teile des alliierten Memorandums gemacht werden, akzeptiert, unter dem Hinzufügen, daß ihre Ausdehnung und nähere Erläuterung verlangt werden müsse. Es werden dann im Prinzip die Vorkriegs- und Kriegsschulden anerkannt, mit Vorbehalten für die letztern, und einem allgemeinen, für beide Gattungen von Schulden geltenden Vorbehalt, der sich gegen die Einsetzung von „Reparationskommissionen“ und andern Institutionen wendet, die die Finanzhoheit Rußlands beeinträchtigen würden.
>
> Zur Frage der Behandlung des ausländischen Eigentums werden Forderungen gestellt, wonach die Sowjetregierung der Anerkennung des Besitzes überhoben werden soll, aber, soweit sie kann und dazu willens ist, die Eigentümer durch Pachtvergebungen ihres Besitzes auf 99 Jahre oder durch Konzessionen entschädigen kann.
>
> Es hat aber nicht den Anschein, daß die Formulierung dieses umstrittensten Teiles des Memorandums, des Artikels 7, den französisch-belgischen Widerstand brechen wird.
>
> Die russische Antwort protestiert weiter gegen die Schaffung eines Rechtsvorteils für die Ausländer gegenüber dem Inländer in irgendwelcher Form. Die Rückgabe des nach Moskau gebrachten rumänischen Staatsschatzes lehnt sie ab. Die Note wird zugleich eine detaillierte Gegenrechnung zu den alliierten Forderungen aufmachen, und darin werden sich auch die Deutschland von der Entente abgenommenen Goldbeträge befinden, die Rußland als Entschädigung für nationalisiertes deutsches Eigentum seinerzeit auf Grund des Friedens von Brest-Litowsk an Deutschland gezahlt hat.
>
> Zum Schlusse wird vorgeschlagen, daß über diejenigen Punkte, in denen die russische Antwort mit dem Memorandum sich im Gegensatz befindet, Kommissionsverhandlungen eingeleitet werden.

Die Franzosen haben verlangt, daß die Russen entweder ja oder nein sagen sollen. Die Russen tun weder das eine noch das andre; sie geben teils zu, teils lehnen sie ab und fügen hinzu: über die Differenzen wollen wir uns in Kommissionssitzungen zu einigen versuchen. Damit erfüllen sie den Wunsch des englischen Führers, dem schon damit gedient ist, wenn nur England und Italien neben der kleinen Entente mit den Russen weiter verhandeln können, wenn dabei Frankreich und Belgien auch ausscheiden.

Mit diesem Ausscheiden muß man rechnen, wenn die Franzosen auf ihrer alten Linie des Widerstandes beharren. Darüber wird ein Ministerrat heute in Paris entscheiden, der unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik abgehalten werden soll. Es wird berichtet, daß Millerand schwül ums Herz sei angesichts des Zerfallens der Entente und des kommenden Bruches mit England. Er will daher ein wenig Versöhner und Vermittler spielen. Im Grund ist aber die Allianz zwischen den beiden Westmächten schon erledigt. Kein Staatenbund hält die Stöße aus, die in den letzten sechs Monaten die Entente erfahren hat. Aber jeder der Beteiligten scheut sich, den Bruch als erster öffentlich zu vollziehen. Auch das Ding, das ja zurzeit nicht einmal ein gutes ist, will seine Weile haben.

Angesichts der französisch-englischen Spannung hat die Genueser Konferenz seit der ersten Stunde von der Hand in den Mund gelebt. Dieser Schwebezustand hält an und macht sich besonders bemerkbar in den Tagen einer Krisis. Die Teilnehmer und wir starren daher jetzt wieder auf den seidenen Faden, an dem die nächste Entwicklung hängt, mit der bangen Frage: wird er halten? Und wenn nicht, was wird dann kommen?

Das ist die Ernte des Versailler Gewaltfriedens und des aus ihm geflossenen Londoner Ultimatums, das vor genau einem Jahr über Deutschland und Europa verhängt wurde und das einige seiner Väter — darunter Lloyd George an der Spitze — jetzt zu revidieren sich bemühen. Mit dem Schwert und mit der Gewalt lassen sich eben die Wirtschaftsbeziehungen der Völker nicht ordnen. —

Sozialdemokratie und Volksernährung.

Im Hauptausschuß des Reichstags steht der Etat des Reichsministeriums für **Ernährung** und Landwirtschaft zur Debatte, über deren Anfang wir an andrer Stelle berichten. Gegenüber den Versuchen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, dem Volk auch noch das letzte Stück durch die Umlage **verbilligten Brotes zunehmen** (Wucherfreiheit für Getreide verlangten auch Abgeordnete des Zentrums und der Demokraten), haben die **Sozialdemokraten** zu einem Gegenschlag ausgeholt und folgenden **Antrag** eingebracht:

1. Für das Wirtschaftsjahr 1922/23 wird das **Umlageverfahren für Brotgetreide** beibehalten, wobei der Gesamtbedarf an Brotgetreide für die Ernährung der versorgungsberechtigten Bevölkerung aus der Inlandsernte in der Höhe von 4½ Millionen Tonnen sicherzustellen ist.

2. Die Sicherstellung des **Kartoffelbedarfs** der versorgungsberechtigten Bevölkerung erfolgt durch privatrechtliche Lieferungsverträge mit **Erfüllungszwang**. Die Regierung hat den Abschluß solcher Verträge zwischen Erzeuger- und Verbrauchergenossenschaften sowie landwirtschaftlichen Verbänden und Vertretungen der Städte und großen industriellen Betrieben zu fördern und hat in solchen Fällen eine **bevorzugte** Belieferung zu garantieren. Dem schrankenlosen **Aufkaufen** der Kartoffeln ist durch geeignete Maßnahmen entgegenzutreten. Es sind gleichzeitig **Richtpreise** einheitlich für das gesamte Reich auf der Grundlage der durchschnittlichen Gestehungskosten festzusetzen. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat bei dem Reichsverkehrsministerium frühzeitig auf eine ausreichende **Wagengestellung** für die Zeit der Kartoffelernte zu dringen.

3. Nach Aufhebung der Zuckerzwangswirtschaft ist **Zuckermangel** und eine erhebliche **Verteuerung** des zur Verfügung stehenden Verbrauchszuckers eingetreten. Daher ist die Zwangsbewirtschaftung des Zuckers wieder einzuführen. Der Bevölkerung ist pro Kopf und Woche ein **halbes Pfund Zucker** zur Verfügung zu stellen, außerdem für **Säuglinge** pro Kopf und Woche **ein Pfund**. Die **Preisfestsetzung** für den Verbrauchszucker erfolgt unter Berücksichtigung der tatsächlichen Gestehungskosten mit Zustimmung des Ministers für Ernährung und Landwirtschaft.

Die Reichsregierung wird ersucht, die vorgeschlagenen Maßnahmen beschleunigt vorzubereiten und baldigst dem Reichstag zur Beschlußfassung zu unterbreiten.

Der Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion verlangt gewiß nicht zuviel. Um das Geschrei der Agrarier darf man sich nicht kümmern: sie schreien immer. Wir sind überzeugt, wenn erst die Weltmarktpreise voll erreicht sind und dann auch die Konkurrenz des Weltmarktes zu spüren ist, dann werden unsre Agrarier noch lauter nach gesetzlichem Schutze brüllen, als sie jetzt die Beseitigung des gesetzlichen Schutzes für die Verbraucher fordern.

Für die **Kartoffelwirtschaft** verlangt die sozialdemokratische Fraktion Maßnahmen, um die Belieferung auf dem Wege der Verträge wirksam zu gestalten. Uns wäre das Verlangen nach einem Umlageverfahren lieber gewesen.

Das sozialdemokratische Verlangen, für den **Zucker** die Zwangsbewirtschaftung wieder einzuführen, wird auf ungeteilte Zustimmung aller Kleinverbraucher rechnen können. Eigentlich haben wir ja noch eine Zwangswirtschaft auf dem Gebiete der Zuckerproduktion. Nur wird der Zwang nicht vom Staat im Interesse der Allgemeinheit, sondern von den **Zuckerfabrikanten** in ihrem Interesse ausgeübt. Dabei haben sich geradezu skandalöse Zustände entwickelt, deren Aenderung das Ziel des sozialdemokratischen Antrags ist.

Die Behandlung des sozialdemokratischen Antrags im Hauptausschuß verdient genaueste Beobachtung aller Beamten, Angestellten und Arbeiter. Denn bei dieser Gelegenheit wird sich zeigen, wessen Interessen die einzelnen Parteien vertreten. —

Eine Ernährungsdebatte.

Im Hauptausschuß des **Reichstags** gab bei Gelegenheit der Etatsberatung seines Ministeriums der neue Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Professor **Fehr**, eine zusammenhängende Darstellung seiner Aufgaben. In erster Linie müßten die zur Ernährung der Bevölkerung notwendigen **Nahrungsmittel** beschafft werden. Die Verhandlungen seien bereits auf dem wichtigsten Gebiete, dem mit **Brot**, so weit gediehen, daß sie in Kürze zum Abschluß kommen würden. Auch die Versorgung in der Uebergangszeit sei sichergestellt. Die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft müsse beträchtlich gestärkt werden. Ihren eigentlichen Wert erhalte die Landwirtschaft erst dadurch, daß sie ihre Produkte der Bevölkerung zu erträglichen Preisen zur Verfügung stellt.

In der Diskussion wies Abg. Frau **Wurm** (Unabh. Soz.) auf die ungeheure Steigerung der Lebensmittelpreise und auf die Drohung des Reichslandbundes mit dem Steuer- und Lieferstreik hin, gegen den das Reichsernährungsministerium noch kein Wort gefunden habe. Genosse **Schmidt** (Köpenick) führte die ungeheure Preissteigerung darauf zurück, daß nicht genug dafür gesorgt wurde, die nötigen Getreidemengen rechtzeitig aufzubringen. Das Ministerium solle in erster Linie eine Reichsstelle für Ernährung sein, und nur, soweit diese Frage mit den Interessen der Landwirtschaft zusammenhänge, habe es auch deren Belange zu vertreten.

Nachdem Minister **Fehr** noch die bedeutsame Mitteilung gemacht hatte, daß die landwirtschaftliche Produktion unter Berücksichtigung der abgetretenen Gebiete den **Vorkriegsstand** erreichen werde, und einige Zahlen über die Konservenausfuhr bekanntgemacht hatte, setzte eine lebhafte Debatte über das **Umlageverfahren** ein. Von unsrer Seite sprachen sich die Genossen **Hoch** und **Käppler** gegen den Abbau des Umlageverfahrens aus. Die Deutschnationalen und Deutschen Volksparteiler ließen natürlich alle Minen springen, um die Umlage zu beseitigen.

Was wird in Braunschweig?

Von den Parteien in Braunschweig haben die **Deutschnationalen** und die **Unabhängigen** Stellung zu der **Regierungskrise** genommen. Die Deutschnationalen lehnen jede Koalition mit den Sozialdemokraten ab. Praktisch läßt sich mit diesem Beschluß aber gar nichts anfangen, denn ohne die Sozialdemokraten kann eine Regierung überhaupt nicht gebildet werden, weil die bürgerlichen Parteien ebensowenig über eine Mehrheit verfügen, wie nach dem Ausschluß Sepp Oerters die sozialistischen. Die Deutschnationalen verlangen weiter die Aufrechterhaltung des **Landeswahlverbandes**, eines reaktionären Blocks aus Deutschnationalen, Deutscher Volkspartei und Welfen.

Die **Unabhängigen** lehnen jede Koalition mit einer bürgerlichen Partei ab und verlangen **Neuwahlen**, um **Sepp Oerter** loszuwerden. Es ist aber sehr zu befürchten, daß in Neuwahlen die Unabhängigen nicht nur ihren ehemaligen Nationalheiligen Oerter, sondern auch noch einige andre Mandate verlieren würden. Mit ihren Ministern **Oerter** und **Junke** haben sich die Unabhängigen heillos blamiert, um so mehr, als sie den Sepp Oerter trotz seiner Entlarvung im Falle Otto-Otto wiederum in den Landtag entsandt hatten. Neuwahlen unter diesen Umständen könnten leicht eine bürgerliche Mehrheit ergeben, die dann kaum eine andre als eine rein bürgerliche Regierung in den Sattel setzt. Und das alles, weil die Unabhängigen einem Scharlatan wie Sepp Oerter zur Bedeutung verholfen und einen unfähigen Menschen wie Junke zum Minister gemacht haben. Neuwahlen liegen nicht im Interesse der Arbeiterschaft von Braunschweig, und die von den Unabhängigen erhobene Forderung ist nicht mehr als eine **Verlegenheitsparole**. Politik, die aus Verlegenheit gemacht wird, ist eine verdammt schlechte Politik.

Die unabhängige Verlegenheit bringt Braunschweig in eine sehr ernste Situation. Der unabhängige Beschluß macht eine Koalition aus Demokraten, Sozialdemokraten und Unabhängigen unmöglich. Es bleibt als Lösung nur eine Koalition aus Sozialdemokraten, Demokraten und Deutscher Volkspartei. Aber selbst dieses „Ziel“ — der Gedanke, ihm zustreben zu müssen, ist unsern Braunschweiger Genossen gewiß ebenso unangenehm wie uns — ist nicht ohne weiteres zu erreichen. Vorbedingung ist die **Sprengung** des Landeswahlverbandes, das Zerreißen des reaktionären Blocks. Die Deutschnationalen setzen die Volksparteiler jetzt schon unter stärksten Druck, um den Landeswahlverband zu erhalten. Ob unter den obwaltenden Verhältnissen in Braunschweig selbst die „große Koalition“ möglich ist, läßt sich schlecht beurteilen. So ist alles in der Schwebe, und all der Jammer nur wegen dem einen Sepp Oerter, der von jeher nur eine politische Wanze war. —

Gerichtsreform.

In der am Montag im Haushaltsausschuß des **Preußischen Landtags** fortgesetzten Aussprache über den **Justizhaushalt** sprach sich der Abg. Dr. **Berndt** (Dem.) für eine Trennung des Strafvollzugs von der Generalstaatsanwaltschaft aus. Der Strafvollzug dürfe nur in die Hände von praktisch ausgebildeten Strafanstaltsbeamten gelegt werden. Er verlangt die Beseitigung des Hilfsbeamtenwesens und Trennung der **jugendlichen** Gefangenen von den andern. Er wünschte weiter, daß jeder Strafanstalt möglichst ein landwirtschaftlicher Betrieb angegliedert werde, damit sich die Anstalten selbst erhalten könnten. Abg. **Liebknecht** (Unabh. Soz.) sprach sich gleichfalls hierfür aus und wandte sich gegen die Zeitungsverbote. Abg. Dr. **Waentig** (Soz.) wünschte, daß auch Professoren der Volkswirtschaftslehre zu den juristischen Prüfungen hinzugezogen werden.

In der Abstimmung wurden die kommunistischen Anträge zum Strafvollzug abgelehnt. Angenommen wurde der **sozialdemokratische** Antrag auf **Besoldung** der Referendare, während ein weitergehender demokratischer Antrag abgelehnt wurde, daß die Entschädigung auch dann nicht zurückgezahlt zu werden braucht, wenn der Empfänger später aus dem Staatsdienst ausscheidet. Für die Abschaffung der **Todesstrafe** stimmten nur die Vertreter der sozialistischen Parteien. Sie blieben in der Minderheit. Angenommen wurde der Antrag auf Schaffung besonderer Strafbestimmungen gegen terroristische Geheimorganisationen. Angenommen wurde weiter ein demokratischer Antrag, die mittleren Justizbeamten in erhöhtem Maße zu richterlichen Geschäften heranzuziehen. —

Wenn zwei dasselbe tun ...

Ein unbesonnener Schupooffizier ließ am 2. Mai die demonstrierenden **Berliner Gemeindearbeiter** attackieren. Der Berliner Polizeipräsident, Genosse **Richter**, hat sofort persönlich eingegriffen und durch Verhandlungen weitere Zusammenstöße verhindert. Zwei Verwundete mußten ins Krankenhaus gebracht werden.

Die Berliner Gemeindearbeiter traten auf Anraten der Kommunisten und Unabhängigen in einen **Proteststreik**, und wäre es nach dem Wunsche der Kommunisten gegangen, ständen heute die gesamten deutschen Arbeiter im Generalstreik. Im preußischen Landtag unternahmen die Kommunisten und die Unabhängigen heftige Angriffe gegen **Richter** und ganz besonders gegen den Innenminister **Severing**, dem sie die Verantwortung für das Vorgehen der Polizei zuschrieben. Die unabhängige Presse, die Berliner „Freiheit“ mit ihrer neuen Redaktion voran, gebärdete sich wie wahnsinnig und tobte gegen Severing und Richter, gerade als ob sie es nicht erwarten könnte, bis wieder bürgerliche Politiker die wichtigen Stellen eines Berliner Polizeipräsidenten bzw. eines preußischen Innenministers einnehmen.

Kleines Feuilleton.

Der Einstein-Film.

Allen Respekt vor der Leistung des Professors **Kornblum**, der es versucht hat, die vielbesprochene Relativitätstheorie, die selbst den verbissensten französischen Nationalisten das Geständnis abgenötigt hat: Hier handelt es sich um eine ganz große, umwälzende Entdeckung eines deutschen Gelehrten, populär darzustellen! Wenn wir an sich schon jede Bestrebung, die auf die wissenschaftliche Ausbeutung des Films abzielt, mit lebhafter Freude begrüßen, dann müßte gerade dieser Film besonders hoch eingeschätzt werden.

Freilich ist er noch weit davon entfernt, als Belehrungsmittel unmittelbar zu überzeugen, wissenschaftliche Tatsachen sinnenfällig zu machen. Er knüpft nur zum kleinsten Teil an wirkliche Vorgänge an, setzt sich vielmehr meist aus sogenannten „Tricks“ zusammen, d. h. aus Konstruktionen der Filmwerkstätte. Schwingungen des Aethers etwa, Bewegungen der Erde oder der Lichtstrahlen können nur schematisch dargestellt werden. Käme zur Erläuterung ein Vortrag hinzu, der sich innerhalb der Grenzen der Gemeinverständlichkeit hielte und keine physikalischen und geometrischen Spezialkenntnisse voraussetzte, so wäre ja immer noch ein klarer Eindruck zu erzielen. Dann müßte uns die Begeisterung begreiflich werden, mit der Einstein in Paris aufgenommen worden ist. Es geht bei der Relativitätslehre um mehr als um ein physikalisches Gesetz: um nichts weniger als um die Begründung eines neuen Weltbildes.

Die großen Denker nehmen [illegible] wissenschaftliche Entdeckungen [illegible] „[illegible]“ [illegible]. Man weiß, was **Goethe** in der Farbenlehre, in der Entdeckung des Zwischenkieferknochens für die Naturwissenschaft geleistet hat. **Leonardo da Vinci** hat sich Flugmaschinen ausgedacht, ohne sie noch konstruieren zu können, und in **Dürers** „Triumphzug des Kaisers Maximilian“ kommen bereits Automobile, wenn auch ganz naiv [illegible]. Immanuel **Kants** „Kritik der reinen Vernunft“ [illegible] die Gegensätzlichkeit und [illegible] zum erstenmal mit voller Schärfe die Begrenztheit unserer Sinne, die Unsicherheit des Weltbildes, das sie uns vermitteln. Der Relativität der [illegible] Wirklichkeit stellt er die Sicherheit und Unumstößlichkeit der Vernunftsbegriffe gegenüber, wie es sich in der Gesetzgebung der Moralgesetze, im Gewissen etwa, äußert, und begründet damit den **Idealismus der Klassikerzeit**. Raum und Zeit, auf die man sich bisher immer als Grundlagen alles Wirklichen gestützt hatte, sind für Kant nur Kategorien, Formen, an denen der [illegible]. Die Generationen, die auf Kants Schultern stiegen, auf Fichte, Hegel und Schelling, die deutsche Philosophie von 1850 ab, [illegible] den Idealismus und erhob [illegible] die [illegible] Wirklichkeit auf den Thron; das Zeitalter der Naturwissenschaft und Technik brach an, der Materialismus feierte seine Orgien. Künstlerisch haben wir inzwischen, im Laufe der letzten zwanzig Jahre, den Materialismus ganz überwunden, in Kunst und Dichtung sind wir über die öde und [illegible] Wirklichkeitsauffassung hinausgekommen und haben mit dem **Expressionismus** die Bahn freigemacht für einen neuen idealistischen Stil an Stelle des realistischen, aber noch fehlte der wissenschaftliche Schlußstein für den neuen Geistestempel. **Einstein** hat ihn uns geliefert mit seiner Relativitätslehre, die wissenschaftlich genau und unanfechtbar erweist, daß unsre Vorstellungen von Geschwindigkeit, also auch von Zeit und Raum, wandelbar, subjektiv sind. Wir müssen von den Naturgesetzen, auf die ein **Darwin** und **Haeckel** noch so stolz waren, eine ganze Menge zurücknehmen. Der Aether, ohne den das Licht nicht verständlich ist, ferner das Radium, die drahtlose Telegraphie und Telephonie — sie alle wollen sich nicht mehr einfügen in das Bild, das dem Verfasser der „Welträtsel“ vorgeschwebt hat, denn sie sprechen den „Naturgesetzen“ von 1870 und 1880 Hohn. Und wenn uns Einstein klar beweist, daß ein und derselbe Schnellzug einmal 12, ein andermal 18 und dann wieder 24 Meter lang sein kann, und daß eine Uhr in der Untergrundbahn anders gehn muß als eine feststehende auf einem Platz, oder daß ein Geschoß, das 12 Stunden später abgefeuert ist, doch früher auf der Sonne ankommt, als das um 12 Stunden früher abgefeuerte, mit Rücksicht auf die Umdrehung der Erde nämlich, die das eine Mal ferner, das andre Mal weit näher an der Sonne sich befand, — wenn so die „Wirklichkeit“ ins Schwanken kommt, dann hat schließlich doch der Weise von Königsberg mit seinen Kategorien recht, und die Annahme einer höhern, einer absoluten Wirklichkeit, die von Raum und Zeit unabhängig ist, drängt sich gebieterisch auf. Kurzum: Einstein hat dem Idealismus die materialistischen Hindernisse und Bremsklötze aus dem Wege geräumt, einer neuen Geistigkeit die Bahn geebnet.

Leider war von der Bedeutung der Relativitätslehre in der Vorführung im „Freundschafts“-Saal kein Eindruck zu gewinnen, denn der Redner sprach verworren und unpopulär, er fachsimpelte, wo er erklären sollte, und der Apparat versagte fortwährend. Wenn die Zuhörer, die die Kleinigkeit von 60 Mark für einen Platz bezahlt hatten, dabei die Geduld verloren und anfingen zu schwatzen, zu höhnen und zu johlen, so konnte man ihnen das gewiß nicht verdenken. Jedenfalls war es kein Ehrenabend für die Firma Heinrichshofen.

H.

Der Kunstbesitz der Hohenzollern.

Die Auseinandersetzung zwischen dem preußischen Staat und dem vormaligen Königshaus hat noch keine endgültige Lösung gefunden. Wie verlautet, will man jetzt die Abgrenzung des Eigentums einem **Schiedsgericht** überlassen. Dieses Schiedsgericht wird seine Entscheidungen natürlich nur nach juristischen und finanziellen Gesichtspunkten treffen, und es besteht daher die Gefahr, daß bei der Trennung des Eigentums organisch Zusammengehörendes auseinandergerissen wird und **Werte von künstlerischer oder historischer Bedeutung dem preußischen Volke verlorengehen**. Zur Wahrung dieser geschichtlichen und künstlerischen Werte ergreift nun eine Anzahl prominenter Vertreter der Kunst und Wissenschaft das Wort in einer Kundgebung, deren Bedeutung schon aus den Namen der Unterzeichner erhellt. Es sind dies: W. v. Bode, Generaldirektor der staatlichen Museen a. D., O. v. Falke, Generaldirektor der staatlichen Museen, A. v. Harnack, Generaldirektor der Staatsbibliothek a. D., L. Justi, Direktor der Nationalgalerie, L. Jeßner, Intendant des staatlichen Schauspielhauses, v. Schillings, Intendant der Staatsoper, F. Milkau, Generaldirektor der Staatsbibliothek, P. F. Kehr, Generaldirektor der Staatsarchive, und R. Hiecke, Konservator der Kunstdenkmale.

Sie weisen auf die Pflicht jeder Regierung und jedes Volkes hin, das **geistige Besitztum der Nation** als Denkmal ihres Bildungs- und Kunstfleißes unversehrt der **Allgemeinheit** zu erhalten. Im einzelnen wird verlangt, daß Bauten und Gartenanlagen, wie Sanssouci, das Marmorpalais, Charlottenhof, Teile des Potsdamer Stadtschlosses, das Schloß Charlottenburg und das Neue Palais als Ganzes erhalten, andre als Museum eingerichtet werden sollen. Die beweglichen Kunstgegenstände in den Schlössern sind, wenn sie zum künstlerischen Gesamtbild gehören, an ihren Stellen zu belassen, andernfalls den staatlichen Sammlungen einzuverleiben. Dasselbe gilt von den Sammlungen geschichtlicher und literarischer Natur. Die Hausbibliotheken sind als geschlossenes Ganzes zusammenzufassen, das Hausarchiv ist nach Aussonderung der rein familiengeschichtlichen Bestände der Generaldirektion der Staatsarchive zu unterstellen. Die ehemals königlichen Theater müssen ungeschmälert dem Staate verbleiben.

Der „**Vorwärts**“ meint dazu, es wäre wesentlich einfacher und richtiger, wenn von vornherein an dem Grundsatz festgehalten würde: Fürstenbesitz ist kein Privatbesitz, und sobald die Fürstenherrlichkeit ein Ende hat, fällt auch der Besitz an den Staat und an das Volk zurück, denen einzig und allein er seine Entstehung verdankt. —

Theaterchronik. Die diesjährige Spielzeit des **Harzer Bergtheaters** in Thale wird am 1. Juli mit Gozzis „**Turandot**“ in Schillers Bearbeitung eröffnet. Ferner sind angesetzt als Abendvorstellungen „**Sommernachtstraum**“ von Shakespeare mit Musik, „**Die Räuber**“ von Schiller, „**Medea**“ von Grillparzer und auf der klassischen Walpurgisstätte in der Nacht der **zweite Teil** von Goethes „**Faust**“. — **Ferdinand Wieden**, Oberregisseur am **Weimarer Staatstheater**, ist im Alter von 68 Jahren **gestorben**. Gebürtiger Ostpreuße, wirkte er seit 1879 als Opernsänger (besonders als vorzüglicher Baßbuffo) in Weimar, wo er 1890 Regisseur der Oper wurde. —

Trustbildungen im Verlagsbuchhandel. Die **Deutsche Verlagsanstalt** in Stuttgart frißt wie ein Vampir um sich; nachdem sie den Berliner Verlag Egon **Fleischel** verschlungen, hat sie das alte Gothaer Haus Friedrich Andreas **Perthes**, das sich durch seine Atlanten einen Weltruf erworben hat, und den Berliner Musikverlag von **Schuster u. Löffler** zu sich genommen. Ein deutlicher Beweis für die ungeheure wirtschaftliche Macht des modernen **Verlegerkapitals**. —

Der empfindliche Wilhelm. Im „Vorwärts“ lesen wir: Der Dichter und Satiriker **Karl Sternheim** hat vor einiger Zeit eine kleine Schrift „Libussa“ erscheinen lassen. Libussa ist des ehemaligen Kaisers **Leibroß**, das aus dem Petersburger Mar-

Am Tage vor der Berliner Demonstration, dem ersten Mai, kam es in Leipzig bei der Maidemonstration der Leipziger Arbeiter zu Zusammenstößen mit der Leipziger Polizei, die dem unabhängigen Minister Lipinski ebenso unterstellt ist wie die Berliner dem Minister Severing. Nach einer Anfrage im Sächsischen Landtag gab es in Leipzig sechzehn Schwerverwundete. Wo ist aber die unabhängige Zeitung, die aus diesem Anlaß dem Minister Lipinski auch nur den bescheidensten Vorwurf gemacht hat? Warum machen die unabhängigen Redakteure wohl den Sozialdemokraten Severing für die Taten eines Polizeioffiziers verantwortlich, nicht aber den Minister Lipinski? Warum sprachen „Freiheit" und „Magdeburger Volks-Zeitung" von dem „Blutbad" in Berlin, (wo zwei Verwundete zu verzeichnen waren) und erwähnten kaum die Vorfälle in Leipzig, wo dem Polizeisäbel 16 Arbeiter zum Opfer fielen? Weil die Unabhängigen unter der Führung der Crispien-Ledebour-Dittmann alle Dinge nur von dem Gesichtspunkte der Parteiagitation und dem Kampfe gegen die Sozialdemokraten ansehen. —

Die Katastrophe an der Marne.

Im September 1914 erlitt das deutsche Heer die schwere Niederlage an der Marne, die den Schlieffenschen Plan vernichtete und damit den unglücklichen Ausgang des Krieges vorausbestimmte. Der Heimat blieb damals die Wahrheit verborgen, selbst einem vertrauten Kreise von ausgesiebten Journalisten erklärte der damalige Vertreter der Obersten Heeresleitung in Berlin mit lächelndem Mund, es sei gar nichts Ernstes passiert. Jetzt veröffentlicht der „Tag" weitere Auszüge aus dem Buche des Exkronprinzen, worin einiges von der Wahrheit erzählt wird.

Es wird ausgesprochen, daß die Entscheidung an der Marne — vier Jahre vor dem sagenhaften „Dolchstoß" — tatsächlich den Krieg entschied. Das Unglück dieser Entscheidung wird unter lebhafter Selbstverteidigung in erster Linie auf den damaligen Chef des Generalstabs, den General v. Moltke, zurückgeführt, der „kein Führer" gewesen sei. Moltke habe seine Unzulänglichkeit selber erkannt und Wilhelm 2. gebeten, von seiner Ernennung abzusehen, der damalige Kaiser habe aber auf ihr bestanden.

Damit beschuldigt der Sohn den Vater, dem deutschen Volk einen untauglichen militärischen Führer aufgezwungen und damit den Verlust des Krieges herbeigeführt zu haben!

Der Exkronprinz erzählt, unter Moltke sei an der Marne ein vollkommener Zerfall der einheitlichen Führung eingetreten. Zwischen den Armee-Oberkommandanten bestand keine Verbindung, die tatsächliche Lage wurde verkannt und schließlich sei es ein Vertrauter Moltkes, Oberstleutnant Hentsch, gewesen, der auf eigne Faust sein Wort für den Rückzug entscheidend in die Wagschale warf. Der Verfasser sagt dann wörtlich weiter:

> Mit dem Rückzug von der Marne war der große Schlieffensche Plan zusammengebrochen. Die rasche Niederwerfung Frankreichs war die Voraussetzung. Unvergeßlich wird mir der erschütternde Eindruck bleiben, den ich empfing, als am 11. September, vormittags, plötzlich General v. Moltke mit Oberstleutnant Tappen in meinem Hauptquartier in Varennes-en-Argonnes erschien — ein gebrochener Mann, der buchstäblich mit Tränen kämpfte. Nach seinem Eindruck war das ganze Heer geschlagen und flutete fast unaufhaltsam zurück. Er legte dar, er wisse noch nicht, wo dieser Rückzug zum Stehen kommen würde. Wie er zu dieser Auffassung gelangt sein mochte, blieb uns damals unverständlich.

Nach der Meinung des Kronprinzen hielten wir — damals — „den Sieg in der Hand", aber die Schlacht ging verloren. „weil die Oberste Heeresleitung sie verloren gab". War das „Dolchstoß"?

Deutschland kämpfte gegen die ganze Welt. Seine politische Führung war unzulänglich, wie von keiner Seite be- : .. wird. Während das Volk blutete, lagen die Großen einander in den Haaren. Und jetzt erklärt der älteste Sohn des Kaisers, daß auch die militärische Führung im entscheidenden Stadium des Krieges vollständig versagte.

Und doch soll es, so sagen jetzt die Herren, das gemeine Volk gewesen sein, das den berühmten „Dolchstoß" führte und das Unglück verursachte, an dem es selber am schwersten leidet? —

Siegen oder sterben!

Vor uns liegt ein bedrucktes Blatt, aus den Anfängen des Weltkriegs, datiert: Potsdam, den 9. August 1914. Es enthält die „Abschiedsworte des Kaisers an Sein 1. Garderegiment zu Fuß" und zeigt so recht die komödiantenhafte Eitelkeit dieses gekrönten Theaterspielers. In der Ansprache Wilhelms heißt es wörtlich:

> „Und so ziehe Ich denn das Schwert, das Ich mit Gottes Hilfe Jahrzehnte in der Scheide gelassen habe. (Bei diesen Worten zog Se. Majestät das Schwert aus der Scheide und hielt es hoch über seinem Haupte!) Das Schwert ist gezogen, das Ich, ohne siegreich zu sein, ohne Ehre nicht wieder einstecken kann. Und ihr alle sollt und werdet Mir dafür sorgen, daß es erst in Ehren wieder eingesteckt wird. Dafür bürgt Mir, daß Ich den Frieden Meinen Feinden diktieren kann.

Diese elende Komödie — das war Wilhelms Abschied an die in den Tod gehenden Krieger. Nichts andres weiß er ihnen zu sagen, als daß sie für Ihn, Seine Ehre und damit Er Seinen Feinden den Frieden diktiere, in den Tod zu gehen haben. Dazu fuchtelt Wilhelm mit dem Schwert — auf dem sichern Kasernenhof. Sonst ist er nie in Schußweite an den Feind gekommen.

Nicht minder schön ist aber auch die Antwort des Regimentskommandanten, in der es heißt:

> Jeder von uns, der in den beiden Regimentern in Reih' und Glied steht, weiß, daß es nur eins gibt für Uns, zu siegen oder zu sterben.

Dieser Regimentskommandant hieß — Prinz Eitel Friedrich. Ebensowenig wie sein Vater hat er gesiegt, gestorben ist er auch nicht, wohl aber liegen sechstausend Mann seiner Brigade unter dem Rasen.

Und von der Rückkehr dieser Wortemacher und hohlen Komödianten versprechen die deutschen Monarchisten Heil und Segen! —

Die Spende Seiner Majestät.

Lebhafte Beschwerden gehen uns wieder einmal aus der Schutzpolizei von Naumburg zu. Systematisch versucht man dort, alle Republikaner zu verdrängen. Wer nicht entlassen werden kann, wird einfach versetzt: die Monarchisten wollen wenigstens in Naumburg ganz unter sich sein.

Ganz ungeniert wird die monarchistische Propaganda in den Diensträumen der Schutzpolizei betrieben. So liegen auf dem Geschäftszimmer des Kommandos Liederbücher zur Verteilung an die Beamten mit der Aufschrift „Spende Seiner Majestät des Kaisers". Dabei täte es gerade in Naumburg not, daß die Leitung der Schutzpolizei sich weniger mit der Ausschnüffung der Republikaner und dafür eingehender mit der Art beschäftige, wie manche Beamte ihren Dienst auffassen. Uns sind sehr krasse Dinge berichtet worden, die nur möglich sind, weil sich manche Offiziere durch die Art ihrer Tätigkeit um jedes Ansehen gebracht haben. Ein Eingreifen von höherer Stelle aus erscheint uns in Naumburg sehr notwendig zu sein. —

Vom Kampfe der süddeutschen Metallarbeiter.

Der Kampf der Metallarbeiter Süddeutschlands beschäftigte am 7. Mai den erweiterten Beirat des Metallarbeiterverbandes in einer Sitzung, die in Berlin stattfand. Einstimmige Annahme fand folgende Entschließung:

„Der erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes stimmt den Maßnahmen durchaus zu, die der Vorstand mit den Verbandsfunktionären und Vertretern der Streikenden im Kampfe der süddeutschen Metallarbeiter beschlossen hat und versichert den Kämpfenden erneut seine volle Solidarität und nachdrücklichste Unterstützung.

Anerkennend den Beschluß des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, der in seiner finanziellen Auswirkung den Streikenden neben der durch die Mittel des Deutschen Metallarbeiterverbandes gesicherten statutarischen Streikunterstützung einen besondern Zuschuß gewährleistet, setzt der erweiterte Beirat als selbstverständlich voraus, daß sämtliche Verbandsmitglieder im Reiche den vom Vorstand ausgeschriebenen Extrabeitrag restlos entrichten wie darüber hinaus in solidarischer Handlung alles Notwendige tun, um dem Kampfe der süddeutschen Metallarbeiter einen erfolgreichen Abschluß zu sichern.

Alle zur Durchführung und Unterstützung des Kampfes notwendigen Maßnahmen sind durchzuführen nach den Anweisungen der Zentralstreikleitung des Vorstandes des Deutschen Metallarbeiterverbandes und der Verbandsfunktionäre im Lande." —

Streik im Ruhrrevier.

Auf mehreren Schachtanlagen des Ruhrreviers ist es zu Streiken gekommen. Die Bewegung nahm ihren Ausgang auf der Zeche Dorstfeld. In einem Anschlag wurde zur Teilnahme an der Maifeier aufgefordert, was dem Obersteiger nicht gefiel, der den Anschlag abreißen wollte. Der Betriebsrats-Obmann wehrte sich dagegen und soll den Obersteiger beleidigt haben, was jedoch von einer ganzen Anzahl Zeugen bestritten wird. Die Entlassung des Betriebsrats-Obmanns wurde mit dem Streike der Belegschaft beantwortet, dem sich mehrere andre Schachtanlagen anschlossen. Auf einigen Zechen haben sich bedauerliche Zwischenfälle ereignet, die von der Organisationsleitung mißbilligt werden.

Mit der Streiklage beschäftigte sich der Vorstand des Bergarbeiterverbandes unter Teilnahme der Bezirksleiter des Ruhrreviers. Der Vorstand hat folgende Stellung eingenommen:

> Die Arbeitseinstellungen in den Bezirken Dortmund und Eichlinghofen werden, soweit sie der Organisationsleitung bisher gemeldet sind, von der Organisation anerkannt. Für Mittwoch den 10. Mai sind vom Reichsarbeitsministerium Verhandlungen zwischen den vier Bergarbeiterorganisationen und dem Zechenverband angesetzt. Von der gewerkschaftlichen Disziplin der Belegschaften wird erwartet, daß sie ohne Zustimmung der Verbandsleitung keinerlei weitere Arbeitseinstellungen vornehmen, sondern das Ergebnis der angesetzten Verhandlungen abwarten. Eine für Donnerstag durch besondere Einladungen einberufene Revierkonferenz des Bergarbeiterverbandes wird die dann notwendigen Beschlüsse fassen. —

S. M. Trotzki.

Unterm 3. Mai 1922 konnte der „Vorwärts" das nachfolgende Telegramm bringen, das bis heute von der „Roten Fahne", die sonst bei jeder Meldung über Sowjetrußland mit der Dementierspritze auf den Plan tritt, nicht berichtigt wurde, und deshalb wohl als zutreffend angesehen werden kann. Es lautet:

> Moskau, 2. Mai. (MTB.) Anläßlich der Maifeier fand in Moskau eine große Parade statt. Zahlreiche Truppen aller Waffengattungen in nagelneuer Feldausrüstung zogen mit klingendem Spiele, stürmisch begrüßt, durch die Twerskaja nach dem Kreml, wo sie auf dem großen Krasnajaplatz Paradeaufstellung nahmen. Trotzki, an der Spitze der gesamten Generalität, nahm die Parade ab. Unter Todesstille hielt Trotzki eine Rede, in der es hieß: Unsre stolze unbesiegbare Armee zwang unsre Gegner zur Konferenz von Genua und zur Einladung unsrer Regierung. Getreu ihren 4jährigen Ueberlieferungen, glaubten unsre unversöhnlichen Feinde uns dort zur bedingungslosen Unterwerfung zwingen zu können. Sie irren sich diesmal, wie sie sich mit Koltschak, Denikin, Polen und Wrangel geirrt haben. Die Armee, das scharfgeschliffene Schwert in der Hand, sieht ruhig und gefaßt dem Verlauf der Verhandlungen in Genua zu. Wir wollen den Kampf nicht, werden ihm aber auch nicht ausweichen. Gestützt auf unsern Vertrag mit Deutschland, werden wir jeden Versuch, unsre volle Unabhängigkeit zu schmälern, zurückweisen. Ihr aber, Kameraden, arbeitet rastlos an eurer Ausbildung, damit unsre schlagfertige Armee unsern Feinden jeden Gedanken an einen Angriff nimmt." Die Volksmassen bereiteten Trotzki eine nicht enden wollende Kundgebung.

Trotzki kopiert also Wilhelm. Neben dem „scharfgeschliffenen Schwert" fehlt nur das „trockengehaltene Pulver". Aber sonst ist die Aehnlichkeit geradezu frappant. Was sagen unsre Kommunisten zu S. M. Trotzki? —

Notizen.

Die Zwangsanleihe im Reichsrat. Der Gesetzentwurf über die Zwangsanleihe ist nunmehr dem Reichsrat zugegangen. Laut „Deutscher Allgemeiner Zeitung" wünscht die Regierung, daß die Beratungen innerhalb 8 Tagen erledigt werden, damit der Reichstag noch vor dem 31. Mai sich mit der Vorlage beschäftigen kann. —

An die sozialdemokratischen Teilnehmer des Städtetags in Goslar. Am 26. und 27. Mai tagt in Goslar der preußische Städtetag. Alle sozialdemokratischen Teilnehmer des Städtetags werden ersucht, bereits am 25. Mai, vormittags 10 Uhr, im Saale des Hotels „Hannoverscher Hof" zu einer Besprechung wichtiger Fragen zu erscheinen. Anmeldungen sind zu richten an den Genossen Senator Fr. Knoblauch, Goslar, Obere Schildwache 6a. Der Parteivorstand.

Selbstmord des Glogauer Oberbürgermeisters. Oberbürgermeister Soetbeer ist in der Nacht zum Sonntag freiwillig aus dem Leben geschieden. —

Eine neue Zeitschrift für Wiederaufbau. Zur Förderung des weltwirtschaftlichen Wiederaufbaues ist eine Wochenschrift „Der Wiederaufbau" gegründet worden. Jedes Heft erscheint in fünf Sprachen. Herausgeber ist der bekannte Wirtschaftspolitiker Gen. Parvus. Unter den Mitarbeitern sind die Fachleute aller Parteien vertreten. Das erste Heft, das sich mit der Konvertierung der deutschen Reparationsschuld, mit der Stabilisierung der Mark und mit der Krise der Ernährung des deutschen Volkes befaßt, ist den in Genua versammelten Delegierten zugeleitet worden. —

Obligatorische Schiedsgerichte in Norwegen. In Norwegen wurde ein Gesetzentwurf über die Einführung von obligatorischen Schiedsgerichten bei Arbeitskonflikten eingebracht. Der Bundesrat der norwegischen Gewerkschaftszentrale, obgleich er im Prinzip gegen das obligatorische Verfahren ist, hat sich dahin ausgesprochen, daß man mit Rücksicht auf die große und immer mehr anwachsende Arbeitslosigkeit die Frage vom taktischen Gesichtspunkt aus betrachten müsse und beschloß, die Arbeitervertreter zu ersuchen nicht gegen den Entwurf zu stimmen. — Nach diesem Beschluß des Generalrats trat auch der Vorstand der norwegischen (kommunistischen) Arbeiterpartei zusammen und beschloß ebenfalls in Uebereinstimmung mit der Entscheidung des Gewerkschaftsbundes, für das Gesetz zu stimmen. Man wird sich dieser Haltung der norwegischen Kommunisten erinnern müssen, wenn in Deutschland das Schiedsgerichtsverfahren auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden wird. —

Depeschen.

Alles hängt von den Russen ab.

Wb. London, 9. Mai. Der Sonderberichterstatter des „Daily Chronicle" berichtet aus Genua spätestens in 2 oder 3 Tagen werden sich das Schicksal der Konferenz und vielleicht auch weitere Dinge entscheiden. Barthou sei zurückgekommen, um die Konferenz zum Scheitern zu bringen und den Russen die Schuld zuzuschieben. Alles hänge von der russischen Antwort ab. (Siehe den Artikel „Der seidene Faden." Red.) —

Auf der Reise nach Moskau.

* Berlin, 9. Mai. Ein Teil der russischen Delegation, der unter Führung Joffes gestern früh in Berlin eingetroffen war, ist abends nach Moskau weiter gereist. —

Fragen im Unterhaus.

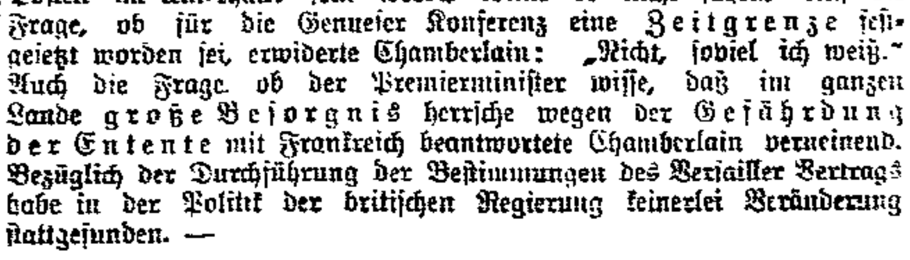
Wb. London, 9. Mai. Im Unterhause erklärte Chamberlain auf die Frage, ob er irgendwelche Mitteilungen machen könne bezüglich der angeblichen Erklärungen Lloyd Georges in seiner Unterredung mit Barthou (über den Bruch mit Frankreich. Red.), der Premierminister habe ihn gebeten, mitzuteilen, daß der diesbezügliche Bericht der „Times" eine vorsätzliche und böswillige Erfindung sei. In Beantwortung weiterer Fragen erklärte Chamberlain, wenn Lloyd George wieder auf seinem Posten im Unterhaus sein werde, könne er nicht sagen. Auf die Frage, ob für die Genueser Konferenz eine Zeitgrenze festgesetzt worden sei, erwiderte Chamberlain: „Nicht, soviel ich weiß." Auch die Frage, ob der Premierminister wisse, daß im ganzen Lande große Besorgnis herrsche wegen der Gefährdung der Entente mit Frankreich beantwortete Chamberlain verneinend. Bezüglich der Durchführung der Bestimmungen des Versailler Vertrags habe in der Politik der britischen Regierung keinerlei Veränderung stattgefunden. —

Ein englischer Trust kauft Häuser in Moskau.

Wb. London, 9. Mai. „Daily Expreß" berichtet in einem Telegramm, daß der britische Beckam-Trust das Recht erworben habe, um Moskauer Häusergruppen zu mieten und wiederherzustellen. —

Freigesprochen.

Wb. Hamburg, 8. Mai. Zwei Gefängniswachtmeister und ein Bureaugehilfe, die beschuldigt waren, durch Fahrlässigkeit die Flucht des Oberleutnants z. S. Boldt aus dem Untersuchungsgefängnis ermöglicht zu haben, wurden heute vom Landgericht freigesprochen. —



stall stammt, erst den Zaren Nikolaus und seine Gemahlin trägt, darauf als Geschenk an den Prinzen von Wales, den spätern König von England geht, und von diesem an seinen Vetter Wilhelm weiter verschenkt wird. Auf die Schicksale dieses Pferdes ist nun eine Satire in der Art begründet, daß Libussa ihre Erinnerungen erzählt, wobei allerhand satirische Streiflichter auf die Höfe von Petersburg, London und Berlin fallen. Libussa ist zunächst eine glühende Verehrerin Wilhelms, erlebt dann aber im Weltkrieg ihre schmerzliche Enttäuschung, als Wilhelm sich weigert, beim Zusammenbruch auf ihrem Rücken den Heldentod im Schlachtgetümmel zu suchen. Die bekannten Taktlosigkeiten und seltsamen Erlasse des Exkaisers, wie der halbrechtwinklige Mützengruß der Marine, seine Drohreden gegen die „Rinnsteinkunst" usw. sind in die Schilderungen sarkastisch hineinverwoben. Das hat Wilhelm so in den Harnisch gebracht, daß er nunmehr darangeht, Libussa zu verklagen. Da aber ein Pferd, auch wenn es mittels Klopfalphabet Memoiren schreiben kann, nach deutschem Recht noch keine prozeßfähige Person darstellt, so hat der Exmonarch Verfasser und Herausgeber der Schrift vor den Kadi zitiert. Der letzte Hohenzollernmonarch gegen sein Pferd klagend! Wilhelm hat es offenbar darauf angelegt, der Sternheimschen Satire den I-Punkt aufzusetzen. Wir erkennen neidlos an, daß es ihm gelungen ist, Sternheim zu übersternheimern. —

Der Ueberwaschzettel. Im „Buchhändlerbörsenblatt" ist zu lesen:

> Wem gehört das Herz der deutschen Frauenwelt, wem leisten unsre Frauen, Mütter, Schwestern und Töchter unbedingt geistige Gefolgschaft? Hedwig Courths-Mahler! Und weshalb tun sie es? Weil diese gottbegnadete Dichterin es verstanden hat, wie noch keine vor ihr, dem allen prägnantesten Ausdruck zu geben, was Weibesbrust aus tiefsten Sinnen bewegt, weil noch keine vor ihr ein so vollkommenes Verständnis zeigte für alles weibliche Denken, Fühlen, Wünschen und Hoffen. Unbegrenzte Verehrung und Dankbarkeit ist der herrliche Lohn, der der Meisterin rastlosem Schaffen geworden ist. Es besteht ein geistiger Konnex zwischen ihr und ihrem Verehrerkreis, wie er bislang in deutschen Landen unbekannt und unerhört war. Um so mehr werden Zehn- und Hunderttausende bedauert haben, ihr persönlich noch nicht nähergetreten zu sein. Ja, vielen und allzu vielen wird gar kaum mal bewußt geworden sein, welche Form der von so vielen süßen Weisen überströmende Mund der Dichterin besitzt, welche die Stirn, hinter der so viele reine und erhabenen Gedanken wohnen.

Das „B. T." meint dazu: Daß der von so vielen süßen Weisen aus den Sinnen der tiefsten Weibesbrust überströmende Mund, der den Konnex mit dem Verehrerkreis in so unerhörter Weise herzustellen pflegt, diesen schmelzenden — um in der feierlichen Sprache des Sanskrit zu reden: bookm'isth selbst fabriziert hat, erscheint dem, der den Stil dieser gottbegnadeten Dichterin einmal bei hohem Seegang (um in poetischen Bildern zu sprechen) sozusagen genossen hat, unzweifelhaft. Und es ist nicht zu leugnen, daß diese Pfauenfederreklame den literarischen Gaumen oder auch Schlund genügend anzureizen vermag, um den nötigen Absatz (der Courths-Mahler) zu bewirken. —

Lange & Münzer

Breiteweg 51/52.

Herren-Strohhüte

zu besonders billigen Preisen!

Herren-Matelot aus breiten Geflechten, modernste Form 75.00 68.00 58.00 48.00 — **39.50**

Rustik-Matelot feine Verarbeitung 78.00 75.00 68.00 62.00 — **54.00**

Herren-Fassonhüte neue Formen . 42.00 37.50 36.50 32.00 — **27.50**

Farb. Herren-Fassonhüte feine Bastgeflechte . 65.00 58.00 47.50 — **38.00**

Knaben-Seppelhüte schwarz, grün . 29.75 24.50 21.75 19.75 — **17.50**

Feld-Hüte natur — mit grüner Kordel . . . . . 35.50 29.50 — **24.50**

Teppichhaus

auf dem Königshof

Gr. Auswahl in Teppichen, Tischdecken, Diwandecken, Gardinen, Stores

Linoleum

einfarbig u. durchgemustert Parkett und Stoffmuster

Linoleum-Teppiche und -Läufer

Kokos- u. Stofflläufer, Tapeten

Carl Haring Nachf.

Inhaber: **J. Busslein.**

Gebrauchte Säcke

aller Art kauft zu höchsten Preisen

A. Landau,

Turmschanzenstraße 13. Telephon 6414 u. 2251.

Quantitäten werden auch außerhalb persönlich übernommen. 6915

Ganz enorm hohe Preise für

altes Eisen

erzielen Sie Schwertfegerstraße Nr. 13 bei Tel. 8476. **H. Limmer.** Tel. 8476.

Brillanten

aller Schliff, auch Splitter und Rohstoffe, kauft 425

F. Streubel, Juwelenfassermstr.

Magdeburg, am Königshof, im bunten Hause. Elektromotor, eigne Schleiferei, elektrischer Betrieb

---

Ferngläser 452

Zeiss, Goerz

kaufe kaufend bis **100%** Preiserhöhung

M. Laufer Peterstr. 2 Fernspr. 4336.

Frauenhaare

kauft auch die kleinsten Posten 296

pro Kilo 100 bis 280 M.

Friseur Lucas, Breiteweg 28, gegenüb. Zentralhotel

Alt

Gold • Silber

Platin, Uhren, Brillanten

kaufen zu den jetzigen hohen, noch nicht dagewesenen Preisen.

Alte Gebisse

die vor dem Kriege angefertigt sind, auch gebrauchte, kleine einzelne Zähne von Zahn 12.— 60.— 100.— Mk.

Edelmetall-Ankauf **Georg Sack**

Gr. Münzstr. 2, 1 Tr. (kein Laden) gegenüber der „Volksstimme", diese a. Verlangen

Zahlung und Post wird verzinslich bereitwilligst erteilt. 453

Ankäufe

Jagdgewehre, Pistolen, Gewehre kauft zu höchsten Preisen Loesche, Wilhelmstr. 13.

Hamster- u. alle andern Arten **Felle** kauft zu Höchstpreis. **Ankaufsz. Wilhelmst.** Olvenstedt. Str. 19 Eing. Ebendorfer Str. Fernruf 568. 3881

Hamster- und andre Felle jeder Art kauft zu hohen Preisen **Kürschnerei Schmied** Pappelallee 20, Eing. Hof links. 34

Frauenhaar, ausgek., zahle p. 100 Gramm 10, 15, 20, 40 Mk. Trübert, Prälatenstr. 18. Geschäftsz. v. 9-5.4 Uhr.

Zahle für Bezüge bis 800 Mk., für beste Bezüge bis 1000 Mk., f. Laken u. Bemden b. 100 Mk., für Handtücher bis 25 Mark Frau Klein, Kaiserstraße 41a, pt. 692

Bevor Sie verkaufen erst bei mir unentgeltlich wiegen u. taxieren lassen! Kein Verkaufszwang!! Kaufe und zahle **höchste Preise** f. Bruch u. Gegenstände aus **Gold** Ketten, Ringe, Uhren, **Silber** Münzensamml., Bes., **Platin** alte Gebisse, Brennstifte **Brillanten** **Hauffe** Breiteweg 94, Tel. 3798 Eing. Gr. Steinernetischstr. 29 Hanse Café Renal

---

Gold-, Silber-, Platinbruch kauft zu höchsten Preisen **A. Sänger** Juwelier 36 Wilhelmstraße 17.

Brillanten Gold, Silber Bruch und Gegenstände **alte Gebisse** kauft zu nachstehenden hohen Preisen **Reche** Wilhelmstr. 7, pt. 1 Minute vom Dom Tel. 4328.

Wenn Deine **AUGEN** *nicht recht sehn,* *Mußt zu* **BRILLEN-SCHMIDT** *Du gehn!*

Gute Augen — gute Arbeit!

Sehfehler erschweren das Arbeiten und führen zu schneller Ermüdung. Sorgfältig gewählte Augengläser schonen die Augen. — Diese erhalten Sie bei 336

Alb. Schmidt, Optisches Institut, 56 Breiteweg 56.

Verkauf

Extra starke Hosen aus bestem feldgrauem Kommißtuch, allerbeste Strapazierhosen für Weg u. Arbeit. Breeceshosen, Arbeitshosen und Drell-Sommeranzüge verkauft äußerst billig Grimmel, Große Marktstraße 16, I.

Gutes Fahrrad verkauft billig Kempe, Lödischehofstr. 19, I. 6916

Verkaufe erstklass. gut. **Fahrrad** mit Freilauf Mkfr. bill. Weigt, Davenstr. 15. 6975

Schönes 6872 **Dam.- u. Herrenrad** preisw. z. verk. Fr. Plesch, Webersir. 18 (Kristallpal.).

Preiswertes Möbel-Angebot! 1 eleg., zurückgenommenes Herrenzimmer ganz billig zu verk., ferner ein ganz besonders preisw. Schlafzimmer und Speisezimmer. Jentsch, Breiteweg 150.

Kontinental-Schreibmaschine, wie neu, zu verkaufen. Seiße, Fahlachsberg 8.

Hauben- u. Strumpfe en gros, billigst. Wilhelm Schlüter, Kaiser-Otto-Ring 35. Tel. 3556. 517

Viehmarkt

Kaufe Amazonenpapageien, grüne und graue, sprechend, Papageien zu höchsten Preisen. 27

L. Tischler, Auenstraße 36.

Glückauf

Kohlenhandelsgesellschaft m. b. H.

Magdeburg

Zentrale jetzt Fürstenufer 24 (gegenüber der Yorkstraße). Tel. 2017, 604

Läger wie bisher Fürstenufer 24 (gegenüber der Blumenthalstraße). Wittenberger Straße, Eingang auch Rogätzer Straße (gegenüber der Peter-Paul-Straße)

Alleinverkauf

derbesten, heizkräftigsten Braunkohlenbriketts des Leopold-Konzerns.

Lieferung von Zentralheizungskoks und sämtlichen Brennmaterialien.

Bei schwerem, tiefsitzendem

Husten

hat Herr Dr. med. X. in B. mit Obermeyer's Kräuter-Tee ohne Schaden eine glänzende Heilung erzielt. Zur Nachbestellung & Kräuter-Tee empfiehlt sich zu erfreuen. Zu haben in allen Drog. und Parfüm.

Robst Koburger Hofbräu-Saal Magdeburg, Berliner Straße 30/31 Jeden Mittwoch und Sonntag **Der Tanz der Neuzeit!**

Rolf Hegewald der vortreffliche Vortragsmeister — 8 weitere Glanznummern 8 — 391 **Kleinkunstbühne Hohenzollern.**

Blaue Grotte Eingänge: Viktoriastr. und Prälatenstr.

Täglich: Der großartige **Mai-Spielplan!** Schlager auf Schlager. Beginn Wochentags 8 Uhr Sonntags 6 Uhr

---

Städtische Theater

Mittwoch den 10. Mai

Stadttheater Theater-Konzert Anfang 7½ Uhr.

Wilhelm-Theater 8. Vorstellung im Wiederholungs-Zyklus zeitgenössischer Bühnenwerke **Alles um Geld.** Anfang 7½ Uhr.

Operntexte empfiehlt Buchhdlg. Volksstimme

ZENTRAL-THEATER

Täglich 7¼ Uhr Sonntags 3½ Uhr der große Erfolg! **Mascottchen** 276 Musik von Bromme.

BUNTE BÜHNE ZENTRAL-THEATER-RESTAURANT Täglich 8 Uhr **Die Mai-Schlager!**

Stephanshallen Anfang Wochentags 8 Uhr Sonntags ½8 Uhr Außer erstklassigen Solisten 401 Die schöne Geisha Burleske in 1 Akt und Der Buttermann ist da Lustspiel in 1 Akt.

Thalia-Lichtspiele Buckau.

Dienstag bis Donnerstag

Neptuns Tochter

Eine Filmlegende, in der die berühmte Weltmeisterschaftsschwimmerin **Annette Kellermann** als Schwimmerin und Tänzerin die führende Rolle spielt. Wie sich die Künstlerin im Wasser ihrer Fesseln entledigt, sowie ein Ringkampf mit ihrem Gegner in den Wellen, sind ganz besonders packende Momente.

Dazu:

Das Land der Sehnsucht

Schicksalstragödie.

Alice Hechy als Heiderose.

Mittwoch nachmittag **Große Kinder-Vorstellung.**

Kaiserhalle

Kaiserstr. 100. Inh. Max Richter.

Spezial-Ausschank der Brauerei A. & W. Allendorff.

Bar-Betrieb!

Heute Mittwoch

Gedeck 15 Mk.	Gedeck 25 Mk.
Fleischbrühe mit Einlage oder Tomaten-Suppe	Fleischbrühe mit Einlage oder Tomaten-Suppe
Rindsroulade mit Schmorkohl	Aal blau mit Butter
Kopfsalat.	Rindsroulade mit Schmorkohl
	Kopfsalat.

Während der Renovierung der vorderen Räume wird der Betrieb in den hinteren Sälen ungehindert aufrechterhalten.

399 Max Richter.

UT und UT

Storchstr. ◆ Buckau

Gleichzeitig in beiden UT-Lichtspielen Dienstag bis Donnerstag, 6 u. ½9 Uhr

Die Sensation Amerikas

Das Panzergeschoß

Zwei neue Teile:

Die Flucht ins Ungewisse

und

Im Wasser und unter der Erde.

304

Fünf Frauentage

des städtischen Gaswerks Magdeburg.

Vorträge von Frl. Josepha Wirth (Dessau)

im großen Saale des „Hofjägers" am 8., 9., 10., 11. und 12. Mai 1922.

Mittwoch, 10. Mai nachm. 4 Uhr: „Das Kochen, Braten und Backen unter den veränderten Verhältnissen der Gegenwart."

abends 8 Uhr: Lichtbildervortrag über neuzeitliche Vereinfachungen, Hinweise und Anregungen für Ernährung, Kleidung und Wohnung.

Donnerstag, 11. Mai nachm. 4 Uhr u. abends 8 Uhr: Lichtbildervortrag über neuzeitliche Vereinfachungen, Hinweise und Anregungen für Ernährung, Kleidung und Wohnung.

Freitag, 12. Mai abends 8 Uhr: „Warum ist das Gas der vorteilhafteste Brennstoff in der Küche?"

nachmittags 4 Uhr Frau Margarete Fleck (Berlin): „Die Notwendigkeit einer Berufsorganisation der deutschen Hausfrauen."

Eintritt für jeden Vortrag und jede Person 1.00 Mk.

Alle Hausfrauen Magdeburgs werden höflichst eingeladen. 270

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 9. Mai 1922.

Materialteurung und Zeitungsnot.

Die Druckpapierpreise sind im Monat Mai auf das Achtzigfache ihres Vorkriegspreises gestiegen, wozu noch durch die Tariferhöhungen eine weitere Verteurung tritt. Demgegenüber konnte beispielsweise unser Blatt seinen Bezugspreis lediglich auf den 25fachen Friedenspreis erhöhen, und den übrigen Blättern geht es ebenso, da mit steigenden Bezugspreisen die Gefahr des Abonnentenrückgangs wächst und die Aussicht auf eine wirtschaftliche Erholung der Presse mehr und mehr schwindet. Gleichzeitig sind auch die übrigen Materialpreise weiter gestiegen, ebenso wie die allgemeine Teurung zu der Erhöhung der Arbeitslöhne zwingt. Auf der einen Seite in ihrer Preispolitik gehemmt, auf der andern Seite von den steigenden Gestehungskosten betroffen, befindet sich die Presse in einer drückenden Notlage, und die Zahl der Proteste, die Hilferufe an die Regierung mehren sich. Inzwischen geht ein immer größerer Teil bisher selbständiger Zeitungsunternehmungen zugrunde oder muß sein Erscheinen auf wenige Wochentage beschränken. So ergibt sich, daß gerade in der Uebergangszeit, die an die deutsche Presse die höchsten Anforderungen stellt, ihr politischer, noch mehr aber ihr wirtschaftlicher Wirkungsgrad eingeengt wird.

Es kann daher nicht eindringlich genug auf die Gefahren hingewiesen werden, die sich daraus ergeben, daß die Presse gerade jetzt, in einer Zeit rasender Teurung, gänzlich ohne Schutz dasteht. Selbstverständlich müßte eine Senkung der Gestehungskosten der Zeitungen beim Rohstoff beginnen. Nun sind zum 1. Mai wieder die Zellstoffpreise erhöht worden, und zwar von 1250 auf 1420 Mark. Auf diesem gestiegenen Rohstoffpreis baut sich der neue Preis für Druckpapier auf. Nun erklärte ein Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums, daß eine Senkung des Zellstoffpreises durch Preisnachlaß der Fabrikanten durchaus vereinbar mit ihrer Kalkulation sei und forderte daraufhin die Fabrikanten auf, in eine Nachprüfung ihrer Kalkulation einzutreten. Das war am 28. April. Inzwischen ist die neuerliche Verteurung des Druckpapierpreises bereits erfolgt.

Schon seit Jahr und Tag dauert die Zeitungsnot an, ohne daß bisher Durchgreifendes geschehen wäre. Um so mehr ist es notwendig, daß jetzt rasch gehandelt wird. Es scheint zwar so, als sollte etwas geschehen. Wie die „Zentrumsparlaments-Korrespondenz" hört, steht ein Gesetzentwurf zur Steuerung der Not der Zeitungen, wie er in einem gemeinsamen Antrag der Parteien im Reichstag von der Reichsregierung gefordert worden ist, im Reichswirtschaftsministerium kurz vor seinem Abschluß. Hoffentlich kommt zum Gesetzentwurf, der „kurz vor seinem Abschlusse" steht, auch bald wirkliche Hilfe. Mindestens noch vor der völligen Zerrüttung des deutschen Pressewesens. —

Eine Magdeburger Schulreform.

Im Herbste 1919 brachte die sozialdemokratische Fraktion im Stadtparlament den Antrag ein:

Die Schulverwaltung wolle begabten und fleißigen Schülern der Volks- und Bürgerschulen eine über die Lehrziele dieser Schulen hinausgehende Bildung ermöglichen durch Schaffung fremdsprachlicher Klassen und Kurse und durch Fürsorge für die künstlerisch-technische Ausbildung der dafür besonders veranlagten Schüler.

Die geforderten Einrichtungen sollten als Uebergangsmaßnahmen jenen Schülern Ersatz bieten, die die Vorteile der zu erwartenden Einheitsschule nicht mehr genießen. Der Antrag fand allgemeine Billigung und einstimmige Annahme.

Ostern 1920 begann die Ausführung des Stadtverordnetenbeschlusses. Aus den Volks- und Bürgerschulen sollten die geeigneten Schüler, die das 4. Schuljahr vollendet hatten, gesammelt und in fremdsprachlichen Klassen, F-Klassen, vereinigt werden. Desgleichen sollten begabte und fleißige Schüler, die das fünfte und sechste Schuljahr hinter sich hatten, in fremdsprachlichen Kursen außerhalb des Klassenverbandes eine fremde Sprache (Französisch) lernen. Die guten [illegible] wurden der Kunstgewerbeschule überwiesen. So verfügte die Schulverwaltung Ostern 1920.

In der Auslegung der Verfügung gingen Bürgerschullehrer und Volksschullehrer verschiedene Wege, die sich so weit voneinander entfernten, daß sie ohne Eingriff von oben nicht wieder zusammenzubringen waren. Aus den Volksschulen wurden nach den F-Klassen nur solche Knaben und Mädchen geschickt, von denen nach den Ergebnissen einer vierjährigen Beobachtung erwartet werden durfte, daß sie an dem fremdsprachigen Unterricht mit Erfolg teilnehmen würden. Die Bürgerschulen, mit Ausnahme von drei oder vier, nahmen die geforderte Auslese überhaupt nicht vor, sondern führten den Unterricht in Französisch für alle aus der fünften nach den vierten Klassen versetzten Schüler als Pflichtfach ein und nannten die neuen Klassen im Hinblick auf die erstrebte neunstufige Mittelschule Klasse 5. Da von 50 bis 75 Prozent solcher Kinder die fremde Sprache nicht gemeistert werden konnte, der Unterricht im Französischen aber auf Kosten des Unterrichts im Deutschen, in Heimatkunde und Geschichte gegeben wurde, mußten die Durchschnittsleistungen dieser Schulen im Verhältnis zu den altbewährten Bürgerschulen zurückgehen. Wo lag der Fehler? 1. In der Ueberschätzung höherer Lehrziele, in einer falschen Abwägung der die Schulbildung bestimmenden Rechtsträger und ferner in einer völligen Verkennung des sich bahnbrechenden Gedankens der Einheitsschule.

Sozialdemokratischer Verein Magdeburg.

Bezirk Neue Neustadt. Am Mittwoch den 10. Mai, abends 7½ Uhr, Mitgliederversammlung im „Wintergarten".

Bezirk Süd. Am Mittwoch den 10. Mai, abends 7½ Uhr, Funktionärsitzung bei Genthe.

Bezirk Nord. Am Freitag den 12. Mai, abends 7½ Uhr, Funktionärsitzung bei Eduard Holtz.

Bezirk Salbke. Am Freitag den 12. Mai, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Himburg. Vortrag über Bauwesen. Referent Otto Richter.

Bezirk Gartenstadt Reform u. Hopfengarten. Am Freitag den 12. Mai, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im „Neuen Schwan", Leipziger Straße. — Referent: Stadtverordneter Genosse Wachtendorf.

Wenn die Höhe der Lehraufgaben und Lehrziele die Güte unser Schulbildung bestimmte, könnten wir nichts Besseres tun, als sämtliche Schulen Magdeburgs in Gymnasien umzuwandeln. Wieviel Prozent der Schüler würden dann wohl in Sexta, Quinta und Quarta enden und wieviel Promille die Hochschulreife erlangen. Es ist stets ein Nachteil für einen Schüler, wenn er den durch die Schule gezeichneten Bildungsweg nicht zu Ende gehen kann, da der Lehrplan jeder Schule auf die Vermittlung eines in sich abgeschlossenen Bildungsgutes eingestellt ist. Daher wird die Güte und Vollkommenheit des Schulwesens einer Stadt, eines Landes, eines Volkes nicht durch die Menge der höheren Schulen bestimmt, sondern durch die Feinheit der Differenzierung der Schulen, d. h. durch die Anpassung der Schulen an die geistigen Kräfte der Kinder und an die Bedürfnisse des praktischen Lebens.

Für die Aufnahme eines Kindes in eine bestimmte Schule sind nach Artikel 146 der Verfassung seine Anlage und Neigung, nicht die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung oder das Religionsbekenntnis seiner Eltern maßgebend. Zur völligen und klaren Durchführung kann dieser Artikel erst kommen, wenn unsre grundsätzliche Forderung nach Schulgeld- und Lehrmittelfreiheit erfüllt ist und alle Schullasten auf die Staatskasse übernommen sind. Heute tragen Staat und Kommune die persönlichen Lasten des Volksschulwesens ganz, die des mittleren und höheren Schulwesens zum größeren Teil die Gemeinden.

Aus dem Schuletat 1921 läßt sich errechnen, daß Magdeburg für jeden Schüler des König-Wilhelms-Gymnasiums 1408 Mark, des Realgymnasiums 1043 Mark und so weiter, für jeden Bürgerschüler 763 Mark und für den Volksschüler 473 Mark zahlt. Das Schulgeld im Gymnasium betrug damals 500 Mark, an den Bürgerschulen 100 Mark. Die Schulgelderhöhungen konnten mit der Geldentwertung nicht Schritt halten, daher hat sich das Verhältnis der Leistungen der Gemeinden wesentlich zugunsten der Schulgeldzahler verschoben.

Wer Pflichten hat, darf auch Rechte beanspruchen. Wie steht es also mit dem heiligen, unantastbaren Rechte der Eltern auf die Wahl der Schule für ihre Kinder? Diesem Rechte stand schon immer das Recht der Schulunterhaltungspflichtigen, vertreten durch Schulvorstände, Schuldeputationen, Behörden gegenüber. Man machte die Aufnahme der Schüler in höhere Schulen von einer Prüfung abhängig, das Verbleiben an diesen Schulen von den Leistungen und dem Verhalten der Schüler. Bei Prüfungen, Versetzungen und Ausschluß entscheiden die Lehrer. Von einem überragenden Rechte der Eltern ist nie die Rede gewesen. Das Recht, ihren Kindern die bestmögliche Schulbildung zu verschaffen, wird den Eltern nicht genommen werden; aber das Urteil, was das Bestmögliche für ihre Kinder ist, bedarf in vielen Fällen einer sachlichen Berichtigung. Einen Weg zur Lösung dieses schwierigen Problems soll das zu Ostern 1922 einzurichtende wissenschaftliche Institut für Jugendkunde finden helfen.

Der von Ostern 1922 geplante Aufbau unsrer Volks- und Bürgerschulen kommt den Wünschen der Eltern und Lehrer in liberalster Weise entgegen und beweist, in wie vornehmer Art die Volksschullehrerschaft und die städtische Schulverwaltung die Hand zum Frieden dem Gegner bietet. Es bleibt im wesentlichen alles, wie es war. Nur zwei Neurungen, die dem Einsichtigen sofort verständlich sind, werden Platz greifen: erstens aus dem beginnenden dritten Jahrgang des F-Zuges der Bürgerschulen sollen nur die wirklich fremdsprachlich Befähigten für die Klasse mit pflichtmäßigem englischen Unterricht zugelassen werden, zweitens an 8 bis 12 Volksschulen sollen gehobene Klassen eingerichtet werden, zusammengestellt aus fleißigen und fähigen Schülern, die das 4. Schuljahr vollendet haben. Es besteht die Absicht, die Klassen schulgeldfrei nach dem Lehrplan der Mittelschulen mit verbindlichem französischen Unterricht zu fördern und sie eventuell nach vier Jahren mit den A-Klassen der Bürgerschule zu anerkannten Mittelschulen zu verschmelzen. Was ist dagegen einzuwenden, wenn die Eltern und die Gemeinde den Vorteil bedeutender Kostenersparnis dabei haben? Die gehobenen Klassen werden bekanntlich vom Staate wie Volksschulklassen unterhalten, und sie kommen den Gemeinden nur um den Unterschied im Gehalt der Lehrer zwischen Stufe 7 und 8 teurer zu stehen.

Zu Ostern 1922 werden die Bürgerschulen unter möglichster Berücksichtigung der Wünsche der Eltern die Schüler bzw. Schülerinnen der 5. Klassen versetzen nach 4A, wenn in Aussicht genommen werden kann, daß sie nach 2 Jahren Englisch beginnen können, nach 4F, wenn sie sich auf Französisch beschränken wollen, und nach 4B, wenn sie auf fremdsprachliche Bildung verzichten. Die Klassen werden nach dem achtstufigen System beziffert, wie es früher war. Klasse 4 wird 3, 3 wird 2. Aus den Bürgerschülern, die den 6. Jahrgang beschlossen haben, werden die Klassen II A mit englischem Unterricht ausgesondert.

Der Uebergang zur Einheitsschule, der sich seit zwei Jahren anbahnt und im Laufe der kommenden zwei Jahre vollenden wird, bringt für manche Eltern schulpflichtiger Kinder und für die Mehrzahl der Bürgerschullehrer unvermeidliche Härten. Der Bildungsgang der Kinder wird in Zukunft mehr als bisher durch deren Befähigung und Fleiß, als durch die wirtschaftlichen Verhältnisse ihrer Eltern bestimmt werden. Damit wird ein Stück Schulelend beseitigt, unter dem überlastete Kinder und Lehrer zurzeit leiden, freilich auf Kosten der Eitelkeit mancher unverständiger Eltern.

Durch das Grundschulgesetz werden die ersten vier Schulklassen als Volksschulklassen geführt und von der Landesschulkasse wie Volksschulklassen bezuschußt, etwa mit ¾ der Lehrergehalte. Daher mußten bisher 85 Bürgerschullehrer nach der Volksschule zurückversetzt werden, und es werden Ostern 1923 noch weitere 20 folgen müssen.

Würde man die an den Grundschulklassen zu erteilenden Unterrichtsstunden als Maßstab nehmen, käme man mit einer geringeren Zahl aus. Klasse 8 hat 18, Klasse 7 22, Klasse 6 26, Klasse 5 28 Pflichtstunden. Die versetzten Lehrer und Lehrerinnen sind zu 24 bzw. 22 Stunden verpflichtet. Man hätte also etwa sieben Lehrpersonen an den Bürgerschulen belassen können. Indes zahlt der Staat seinen Zuschuß nur für die Lehrer, die eine Klasse führen, die also eine feste Lehrstelle haben. Um sich die Zuschüsse nicht entgelten zu lassen, hat die Stadt die Versetzung in vollem Umfang vollzogen. Die betreffenen Bürgerschullehrer und -lehrerinnen werden aber in ihren Gehaltsbezügen und Ruhegehaltsansprüchen in keiner Weise geschädigt, sondern genau so behandelt, als wenn sie an einer Mittelschule geblieben wären. Die Differenzen zahlt die Stadtkasse. Die versetzten Lehrkräfte könnten sich höchstens gekränkt fühlen, wenn sie ihre Versetzung zur Volksschule als eine Erniedrigung auffaßten.

rl.

Nit gehn tan tat's.

Humoreske von Ludwig Anzengruber.

(6. Fortsetzung.)

Die rauhe Jahreszeit kam allmählich heran, und der Jokl und die Sephin setzten das Ehehälften-Leihgeschäft fort. So oft sich der junge Nachbar, einer Verrichtung halber, beim Krautschneider einstellte, war dieser nicht in der Lage, irgendwelche auffällige Bemerkung zu machen; Hans und Gretl gaben sich kurze Reden, und beim Verabschieden unter der Tür drückten sie sich kaum die Hand. Die beiden zeigten sich ebensowenig gesprächig in Gegenwart der Sephin, wenn Gretl zur Aushilfe in das weiße Häuschen hinübergekommen war, aber da erforderte es dann doch die Schicklichkeit, daß beim Heimgang der Nachbar die Nachbarin wenigstens bis über den Steg begleitete; dieser mußte jedoch von einem auf das andre Mal an Länge zunehmen, denn sonst war es nicht gut erklärlich, warum Hans zu solchen Geleitgängen immer mehr Zeit brauchte und immer später zurückkam.

Für diese naheliegende Annahme schien aber die Simmerl-Sephin gar nicht empfänglich, denn sie empfing den Zurückkehrenden mit spöttischen Blicken und spitzen Worten. „Ich schau Dir nur so zu," keifte sie, „ich schau Dir lang zu und bered nix." Die gute Frau widersprach sich hier mit der ihrem Geschlecht eignen Neigung, das Gegenteil von dem Gesagten zu tun und vom Getanen zu sagen. „Mach Du Dummheiten auf Dein' eigne Faust, wie s' aber für mich amal auf der flachen Hand liegen, dann sein mir g'schiedene Leut', und Du kannst gehn, wie D' kommen bist, als Bettelbub."

Der Hans lächelte dazu jedesmal so tölpisch, daß seine Beteurung, er denke nicht daran, Dummheiten zu machen, kein volles Zutrauen erweckte.

Während sich also die alte Henne ihres jungen Hahnes versichert hielt, so daß sie es nicht einmal für nötig fand, um das Ausfliegen zu hindern, ihm die Flügel zu stutzen, und nur für den Fall, als es ihm auf fremdem Miste besser behagen sollte, sein ökonomisches Verderben in erschreckende Aussicht stellte, machte sich der alte Hahn wegen seines jungen Huhnes viel schwerere Sorgen.

Etlichemal schon hatte der Krautschneider-Jokl vom Fenster aus die beiden jungen Leute beobachtet, wie sie langsam im eifrigen Gespräch, nach je ein paar Schritten innehaltend, an den Steg herankamen, sich auf dessen Geländer stützten und nicht eher von einer Stelle rückten, bis das Holz unter ihren Händen warm geworden war, und dann nicht weiter als um etliche Spannen. Zeit und Geduld verlor der Alte darüber, er trommelte an den Scheiben und erging sich in ungeduldigen Ausrufen, so oft er eins von beiden einen Fuß vor den andern setzen sah. „No — — wo — — wird's — — Was dö sich Zeit lassen! — So — wieder a Ruckerl! — Und noch a Schritt! — Was s' doch z' verhandeln haben miteinand'? — No, endlich! — Geht's doch fürt? — Werd'n mer doch noch vor Morgen z' Haus treffen?"

Möglich, daß der Krautschneider-Jokl moralischer dachte wie die Simmerl-Sephin, wenn auch, gleich den meisten Männern, nicht nur für seine Person, sondern nur was die Ehehälfte anlangte, möglich, daß er instinktiv auf den Gedanken verfiel, der so instruktiv in fast allen „Psychologien der Liebe" behandelt wird: daß das Weib, dessen Leibesleben sogar durch das Liebesleben verändert werde, durch letzteres noch „tiefere Eindrücke empfange" und daß er dieses Empfangen fürchtete, kurz, er beschloß, der Sache nimmer länger ruhig zuzusehen, sondern ihr ein Ende zu machen und fur künftighin seine Gretl von der Simmerlin abzuholen und selbst nach Hause zu führen.

Bei der nächsten dazu schicklichen Gelegenheit aber, er mochte sich verspätet haben oder sein Weib früher als sonst von da drüben weggegangen sein, waren schon Hans und Gretl aus dem Häuschen gegenüber getreten, als er den Fuß über die Schwelle setzte. Doch kam dieser Zufall dem Jokl nicht ungelegen, denn er dachte, nun könne er leicht erhorchen, was eigentlich die beiden miteinander zu verhandeln hätten und worauf begreiflicherweise seine Neugierde schon lange gespannt war. Er mochte sich das nicht entgehen lassen und schlich im Schatten des Pferdestalls, der nahezu bis an den Steg reichte, vorsichtig dahin.

Das erste, was er zu hören bekam, war ein tiefer Seufzer des Hans, dem dieser alsbald die Worte folgen ließ: „Nimmer zum Aushalten, sag ich Dir! Wußt ich, wohin gehn und woher was nehmen, ich rennet auf und davon."

„Na eben," sagte darauf die Gretl in verweisendem Tone, „wann D' nit weißt, wohin gehn und woher was nehmen, so bered lieber nix!"

„Ich kann's aber nix wie bered'n und drum will ich dös auch; 's wär ja ganz gut zum Auskommen miteinander, wann nur mein Weib anders sein möcht, wie die is! Sie is so viel gach, daß s' nit amal schaut, ob s' ein'm mit der Hand in d' Haar oder in d' Augen g'rat't, und tut so überg'scheit, als müßt s' mich erst aufklären, daß der Gans, was af ein'm Fuß steht, der andre nit fahlt, und alt wird s' von Tag zu Tag mehr; ich mag mer nit vorstell'n, was dö für a Ansehn kriegt, bis ich in d' besten Mondjahr kumm."

„Du tust ihr unrecht, sie schaut noch sauber g'nug aus."

„Ah, Du siehst s' nie, wie ich s' z' sehn krieg."

„No, und is's, wie's wär, und wär's wie's is! Hätt' mer von all dem früher wissen können, so möcht mer sich's überlegt haben, und es wurd' anders kommen sein; so is mer aber ohne Ahnung h'neingappt, und hitzt, wo amal Ja und Amen g'sagt is, heißt's htlt stillhalten und parier'n. Half hinterdrein a Lamento, hätt' ich vielleicht a zu ein'm solchen Anlaß g'nug."

„Denk mer wohl, daß's Dir da dran nit fahlt. Wir hör'n ja oft 'n Lärm h'rüber, was Dein Alter schlagt, is a so a Rechthaber und Besserwisser, und d' Schönheit plagt 'n noch weniger wie d' meine."

Der Jokl spitzte die Ohren, er erwartete, daß ihn seine Gretl gegen den kecken anzüglichen Nachbar in Schutz nehmen werde, aber er hörte sie weiter nichts sagen als: „Es hat jed's sein Kreuz, mer muß sich's nur nit selber schwever machen."

Hans und Gretl waren bis in die Mitte des Steges gelangt und lehnten jetzt eine Weile schweigend nebeneinander und sahen in den Bach hinab.

Abermals tat der Hans einen tiefen Seufzer. „Wann nur bald d' schön' Zeit wiederkam!"

„Das wär mir auch lieb," sagte die Gretl, gleichfalls seufzend.

„Und weißt, warum ich mir's wünsch?" fragte er vertraulich.

Sie antwortete nicht und rückte eine Spanne weiter von ihm weg.

„Weil mer's dann so gut wird," fuhr er fort, „'n lieben langen Tag über mit Dir im freien Feld z' sein."

„Ja und mich z' necken," schmollte sie.

„Du kennst ja 's Sprichwort."

„Du kannst Dir für Dein Teil was für welchene Gedanken machen, als Du willst, mir verschlagt's nix."

„Und mir a nit, denn ich weiß, ein ganz klein bissel wengerl bist mer doch gut, und ich wär a Spitzbub', mehr z' verlangen."

„Du bild'st Dir selb'n das ganz klein bissel Wengerl ein, wo hätt'st 'n Erweis?"

Hans rückte ganz nahe an Gretl heran. „Amal hast Dir doch a schön's Bussel abbetteln lassen." Er wollte seinen Arm um ihre Hüfte legen, aber sie entwand sich ihm rasch und richtete sich auf, beide standen sich nun gegenüber.

„Es reut mich eh'," rief sie aus, „und nie wär ich so dumm g'wesen, hätt ich g'wußt, daß Du, was mer im Spaß gibt, als Ernst nimmst!"

„Gretl," sagte Hans bestürzt, „lieber hätt ich mir d' Zung' abgebissen, als die einfältig' Red' g'tan, wenn Du meinst, ich wollt durch selbe Dich verunehr'n und mich prahl'n. Ich bin ja nur froh, um Dich z' sein, und Du weißt nit, Gretl, was ich mir jed'smal für ein G'wissen g'macht hab, wenn mir mit einmal word'n is, als müßt ich jetzt und jetzt af Dich zu, Dich anfassen, auf d' Arm' nehmen und forttragen . . ."

„Na und nachher?" fragte schneidig das kleine drolle Weibchen

„Nachher halt nix," erwiderte stotternd der junge Mann.

„Denk's selber! Gute Nacht! 's is Zeit für heunt, daß ich geh."

(Fortsetzung folgt.)

Woher der Name „Vogelgesang“?

Von den vielen Menschen, die im Laufe der Zeiten jenes prächtige Stückchen Erde, im Norden der Stadt gelegen, mit dem etwas eigenartig klingenden Namen „Vogelgesang“ besucht haben, wird sich wohl mancher die Frage vorgelegt haben, woher dieser Name eigentlich stammt. Zeitweise etwas in Vergessenheit geraten, ist dieser alte Park durch die Fürsorge der städtischen Gartenverwaltung wieder zu einem beliebten Ausflugsorte der Magdeburger, besonders aber der Neustädter Bevölkerung geworden.

Jedenfalls dürfte es nicht uninteressant sein, hier etwas Näheres über die Vergangenheit dieser schönen Anlage zu hören. Nach einer alten Urkunde, die die Zerstörung von Magdeburg überlebt hat, besaß das alte Hospital St. Georgii gemeinschaftlich mit dem Kloster Beatae Mariae Magdalenae ein großes zwischen Neustadt und Rothensee belegenes Grundstück mit Wald, das wegen des vorhandenen Reichtums an Singvögeln gemeinhin „Vogelgesang“ genannt wurde. Ueber die Erwerbung sagt die Urkunde: Im Jahre 1377 kaufte das Kloster B. M. Magdalenae von einer Witwe Adelheid Meincke zu Insleben, einem Dorfe, das jenseits des Schrotebaches lag, — ein Teil des Neustädter Feldes führt noch heute den Namen Insleber Feld — den sogenannten Klosterwerder und dreiviertel Hufe Holz für 25 Mark Silber. Zur Sicherung des Holzes und der Gräserei ließ man später daselbst ein Häuschen bauen, das „Pfandhaus“ genannt, welches aber im Jahre 1594 der dompropsteiliche Statthalter, der dies als einen Eingriff in die dompropsteilichen Rechte ansah, einreißen ließ. Der Magistrat stellte indes einen Revers darüber aus, daß durch ein Haus daselbst kein Eingriff in jene Rechte geschehen solle, und man setzte hiernächst dem Wiederaufbau eines Häuschens nichts entgegen.

Die Vorsteher des Klosters hielten sich oft und gern in dem landschaftlich schön gelegenen, vom Wasser umflossenen und vom Walde begrenzten Garten auf, fischten in den Teichen und hielten kleine Gastereien dort ab, wozu sie mitunter auch den Magistrat einluden. Dieser besaß zum gelegentlichen Fang von Singvögeln einen Vogelherd. Einen solchen hatten auch die Vorsteher des Hospitals St. Georgii auf ihrem angrenzenden, nach dem Marsche zu belegenen Grundstück, das eigentlich der „Vogelgesang“ genannt wurde.

Im Dreißigjährigen Kriege, wo während der Belagerung und nach der Zerstörung Magdeburgs hier große Heerhaufen lagerten, scheint auch das erwähnte Häuschen samt den Gartenanlagen zerstört worden zu sein.

Wie so oft, trat auch hier später eine Verdunklung der Eigentumsrechte und der Grenzen ein. Im Jahre 1648 erhoben sich zwischen den Kloster- und Hospitalvorstehern Streitigkeiten, die der Magistrat gütlich beizulegen sich vergeblich bemühte. Ein Prozeß führte zu einem für das Kloster ungünstigen Bescheid. Die Klostervorsteher drohten der Dompropstei mit einem tätlichen Einfall. Es entstand eine heftige Gegnerschaft. Beide Teile suchten durch Fischen sowie durch Auf- und Zuwerfen von Gräben sich im Besitzstand zu erhalten und stritten sich noch einige zwanzig Jahre herum. Am 21. Juli 1676 kam eine Vereinigung zustande, nach welcher der vom Wasser umflossene Garten oder die Insel nebst Hausplatz, Graben und Teich sowie der Vorplatz vor dem Teichgraben als gemeinschaftliches Eigentum beider Stiftungen angesehen wurde. Nach Errichtung eines Hauses wurde vom Jahre 1722 ab die Wirtschaft verpachtet und seitdem als Vergnügungsort von den Einwohnern Magdeburgs und der Neustadt besucht.

In den Kriegsjahren 1813 und 1814 wurde mit dem Rothenseer Busch auch das schöne Gehölz des Vogelgesangs mit seinen prächtigen Eichen und Ulmen abgehauen. Es entstanden nun neue Garten- und Parkanlagen, die allmählich verschönert und späterhin (1821) mit einem neuen Gasthaus geziert wurden. Der Vogelgesang war in dieser Zeit und noch bis in die 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts der besuchteste Vergnügungsort in der nächsten Umgebung Magdeburgs. Besonders am Himmelfahrts- und am zweiten Pfingstfeiertag war er ein Wallfahrtsort für jung und alt aus allen Ständen.

Im Jahre 1841 ging das Grundstück für den Taxpreis von 20 878 Talern in das Eigentum der Stadt über. Von dem Gesamtareal von 83¾ Morgen Garten, Parkanlagen und Wiese trennte darauf der Magistrat den nördlichen Teil von 58⅞ Morgen ab und verpachtete ihn als Ackerland, den übrigen Teil mit dem Gesellschaftshaus als Vergnügungslokal und 10 Morgen als Wiese. Im Jahre 1860 warf der Vogelgesang für die Kämmerei einen Reinertrag von 600 Talern, das waren 3 Prozent des Kaufpreises, ab.

Jetzt ist der Park mit dem klangvollen Namen eine Stätte der Ruhe, der Freude und Erholung für jung und alt. Kinder singen und spielen auf seinen Wegen und Plätzen, Arbeiter sinnen und unterhalten sich am Feierabend auf den Bänken im Rosarium und unter den schönen alten Bäumen. Und die kleinen fröhlichen Gesellen, die Vögel, singen noch im Vogelgesang. —

— Konsumverein für Magdeburg und Umgegend. Eine außerordentliche Generalversammlung tagte am Montag abend im Saale des „Hohenzollernparks“. In der Hauptsache handelte es sich um den Antrag des Vorstandes: Aufnahme einer Anleihe zur Vergrößerung der vorhandenen Betriebe und Erhöhung des Betriebskapitals. Die Begründung dieses Antrags hatte der Geschäftsführer Krüger übernommen. In überzeugender Weise schilderte er die Nöte, in der sich die Genossenschaften in dieser Zeit der allgemeinen Geldentwertung befinden. Je mehr der Wert der Mark fällt, um so schwieriger die Kapital- und Warenbeschaffung. Nach längeren Ausführungen über die gesamte Wirtschaftslage, besonders auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung und -verteilung, wurde vom Redner folgender Antrag zur Annahme empfohlen:

Die Generalversammlung beschließt und beauftragt die Verwaltung, eine Anleihe in Höhe bis zu 15 Millionen Mark in Stücken von 100, 500, 1000 und 5000 Mark aufzunehmen. Die Verzinsung beträgt 5 Prozent pro Jahr. Die Anleihe liegt 5 Jahre fest und werden dann jährlich 100 000 Mark ausgelost. Die erste Auslosung würde im Jahre 1927 erfolgen.

Von einigen Kommunisten wurden Einwände gegen den Antrag erhoben. Nach längerer Debatte wird der Antrag des Vorstandes gegen eine Stimme angenommen. Nach einer kurzen Begründung durch den Geschäftsführer Richert wird einstimmig beschlossen, das bisher gezahlte Sterbekassengeld, weil es nicht mehr zeitgemäß ist, abzuschaffen. Ebenso bleibt es dabei, daß die Delegierten zu den Genossenschaftstagungen nicht, wie es die Kommunisten wollten, in den Generalversammlungen gewählt, sondern vom Vorstand aus dem Kreise der Aufsichtsräte bestimmt werden. Ein Antrag, nach dem die Entschädigungen an die Aufsichtsratsmitglieder eine entsprechende Erhöhung erfahren sollten, wurde in der Generalversammlung vom 22. März abgelehnt. Der Vorstand beantragt nun neuem, die Entschädigung nach den bei den Krankenkassen und Genossenschaften üblichen Sätzen zu bemessen. Der Antrag wurde gegen drei Stimmen angenommen. Dem Wunsche, in der Altstadt einen Fleischerladen zu eröffnen, soll, wenn es möglich ist, entsprochen werden. —

— Vom Deutschen Luft-Lloyd wurde die Strecke Bremen—Hannover—Magdeburg—Leipzig—Dresden an 23 Tagen beflogen. Die 7 übrigen Tage des Monats April waren Feiertage, an denen der Flugbetrieb ruht. Von den Piloten Weber, Rogal, Werkmeister und Lauer wurden im regelmäßigen Verkehr 19 530 Kilometer zurückgelegt und damit eine Sicherheit und Regelmäßigkeit in der Durchführung des Flugbetriebes von 99,33 Prozent erreicht. Für diese Kilometerzahl wurden 189 Flugstunden gebraucht. Befördert wurden auf der Strecke 113 Fluggäste mit 775 Kilo Gepäck; ferner 847 Kilo Post und 695 Kilo Fracht. —

— Der Deutsche Wild- und Geflügelhändler-Verband hielt am 8. und 9. Mai seinen Verbandstag im Börsensaal der Handelskammer zu Magdeburg ab. Von den Referaten, die dort gehalten wurden, ist die Stellung der Wild- und Geflügelhändler zu den Resten der Zwangswirtschaft bemerkenswert. Man verlangt vollkommen freie Wirtschaft, hält die Preisprüfungsstellen für unnötig und verlangt Beseitigung der Großhandelserlaubnis und der Wuchergerichte. Wohin das führt, zeigt eine kleine Episode, die sich während eines Vortrags über Vogelschutz abspielte. Professor Dr. Mertens bemerkte in seinem Vortrag, daß man in Berlin für ein Kiebitzei 70 Mark verlangt. Der Redner meinte, daß man hier von Wucher wohl sprechen könne. Im Gegensatz dazu hielt ein Osnabrücker Wildhändler den Preis für angemessen. Da sind dann freilich die Wuchergerichte im Wege. Der Generalsekretär Munczinski führte Beschwerde über Bahn und Post. Die ungeheuern Frachtsätze und Portokosten verteuern das Wild nicht unerheblich. Hinzu kommt, daß die Bahn ihre Lieferfrist auf 9 Tage erhöht hat. Das bedeutet, daß für Wild, das in dieser langen Transportzeit verdirbt, von der Bahn kein Schadenersatz geleistet wird. Der Redner verlangt wieder dreitägige Lieferfristen, die die Bahn sehr wohl einhalten kann. Eine dementsprechende Entschließung wurde angenommen. Die übrigen Verhandlungen bezogen sich auf innere Verbandsangelegenheiten. —

— Eine Sonderzuchtschau von deutschen Schäferhunden fand am 6. und 7. Mai im städtischen Schlacht- und Viehhof statt. Am Sonnabend wurden die Altersklassen der Rüden und Hündinnen prämiiert. Am Sonntag vormittag erfolgte die Beurteilung der Jugendklasse. Vergeben wurden die Zuchtbewertungen: vorzüglich, sehr gut, gut und befriedigend. Es wurden den Richtern zur Beurteilung etwa 80 Hunde vorgeführt. Nicht bloß an Zahl sondern auch an Güte war das vorgeführte Material sehr gut. Sämtliche mit vorzüglich und sehr gut bewerteten Hunde erhielten wertvolle Ehrenpreise. —

Kriegsopfer!

Freitag den 12. Mai, abends 7½ Uhr, in Freddrichs Festsälen, Große Diesdorfer Straße 254

Protestversammlung.

R. Bietz (Weißenfels) spricht über

Das Vorhaben der Regierung, den Kriegsopfern die Rente zu entziehen.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen.

Kriegsopfer, erscheint in Massen, es handelt sich um eure zukünftige Versorgung

— Wetzlar und Magdeburg. Aus Wetzlar berichtet die „Kölnische Zeitung“: „Die Mehrheitssozialisten hatten bei der Stadt beantragt, ihr zu gestatten, ein Reliefbild Bebels an der Stelle zu errichten, wo früher eine der Kasernen des Rheinischen Jägerbataillons 8 und später das Bezirkskommando sich befand. Das Gebäude wurde im Interesse der Straßenerweiterung niedergelegt und an seiner Stelle steht jetzt eine Mauer, die die Straße nach den dort ansteigenden Anlagen abschließt. In jener Mauer am Eingang der Stadt soll das Bildnis des sozialdemokratischen Führers angebracht und daran außer dem Namen das Geburts- und Sterbejahr und die Aufenthaltszeit in Wetzlar angegeben werden. Bebels Mutter war nach dem Tod ihres Mannes nach Wetzlar gezogen, und der junge Bebel ging dort in die Schule und später in die Lehre als Drechsler. Eine nichtöffentliche Stadtverordnetensitzung nahm diesen Antrag der Sozialdemokratie an.“ In Wetzlar ist die Vertretung der Sozialdemokratie in der Stadtverordneten-Versammlung noch verhältnismäßig klein. Wenn trotzdem der sozialdemokratische Antrag Annahme fand, dann beweist damit die starke bürgerliche Stadtverordnetenmehrheit in Wetzlar, daß sie bereit ist, auch politischen Gegnern die schuldige Toleranz zu erweisen. Mit dieser bürgerlichen Mehrheit in Wetzlar vergleiche man die bürgerliche Minderheit in Magdeburg, die wegen des Ersatzes eines nichtssagenden preußischen Königsnamens durch den Namen eines alten lokalgeschichtlichen Kulturinstituts ein Lamento anstimmt, als stehe der Weltuntergang bevor. Ja, Magdeburg! —

— Brüder in Not. Der Liebesgabenpaketverkehr nach Rußland hat bereits, so wird uns mitgeteilt, einen beträchtlichen Umfang erreicht. Von Moskau aus werden wöchentlich bis zu 7000 Paketen versandt. Die Niederlagen der Nansen-Aktion, von denen aus die Verteilung stattfindet, befinden sich in Petersburg, Moskau, Kasan, Samara, Odessa, Saratow, Charkow, Noworossijsk, Minsk, Rostow am Don, Tscheljabinsk. Vom 1. Mai an wurde der Preis des Typenpakets, das 7 kg weißes Mehl, 4 Büchsen Milch, 1 kg Fett, 1 kg Zucker, 400 g Tee enthält, auf 2½ Dollar festgesetzt. Dem Empfänger erwachsen für die Zustellung keinerlei Spesen. Formulare für die Paketbestellung sind im Deutschen Roten Kreuz, Charlottenburg, Berliner Straße 137, und bei der Direktion der Diskonto-Gesellschaft hier, welche die Einzahlungen annimmt, zu erhalten. —

— Verein Kinderschutz und Jugendgerichtshilfe. Mittwoch den 10. Mai, abends 8 Uhr, Arbeitssitzung im Magistrats-Konferenzzimmer (altes Rathaus). —

— Für Heidefahrer der Letzlinger Heide. Die Kleinbahn Wolmirstedt—Colbitz gibt im Anzeigenteil einen neuen Fahrplan bekannt, der vor allem an Sonn- und Festtagen günstige Verbindungen mit der Staatsbahn vermittelt. —

— Die Hauptversammlung des Ortsausschusses für Jugendpflege findet am 17. Mai 1922, abends 7½ Uhr im Frankeheim statt. Tagesordnung und andre Mitteilungen; Vortrag über „Die Aufgaben des Ortsausschusses für Jugendpflege“; Wahl von 15 Vertretern für den Arbeitsausschuß. —

— Ein „reicher“ Einbrecher. Wegen schweren Diebstahls stand der Former Walter Büchner und seine Mutter Friederike Büchner vor dem Schöffengericht. Der Angeklagte Büchner wird beschuldigt, einer armen Arbeiterfamilie in der Halberstädter Straße aus dem Waschhaus die Leibwäsche gestohlen zu haben. Die Wäsche wurde von dem Dieb aus dem Spülwasser gefischt und repräsentiert einen Wert von über 2000 Mark. Die nasse Wäsche hat er später in einer ebenfalls dort gestohlenen Kiepe zu seiner Mutter gebracht, die sie getrocknet haben soll. Eine Haussuchung, die bei dem Angeklagten vorgenommen wurde, förderte noch verschiedene gestohlene Wäschestücke zutage, die die Bestohlene bestimmt als ihr Eigentum wiedererkannt hat. Trotz der zwingenden Beweise bestreitet der Beschuldigte entschieden, der Dieb zu sein. In seiner Verteidigungsrede meint er, daß die Anklage nur einen Racheakt einer Frau, von der er getrennt lebt, darstellt. Er hätte es gar nicht nötig zu stehlen, da er durch Schiebergeschäfte so viel verdient hat, daß er „mit dem ganzen Arm in Hundertmarkscheinen wühlen kann“. Die vorgefundene Wäsche will der Angeklagte auf dem Alten Markt gekauft haben. Alle Versuche des Beschuldigten, sich reinzuwaschen, werden vom Gericht nicht geglaubt, so daß es zu einer Verurteilung des Angeklagten zu 6 Monaten Gefängnis kommt. Die der Begünstigung beschuldigte Mutter wird freigesprochen, da ihr eine strafbare Handlung nicht nachgewiesen werden konnte. —

— Zwischen Deutschland, Lettland und Litauen wird der Postverkehr am 15. Mai neu aufgenommen. Es sind zunächst nur gewöhnliche, nicht sperrige Postpakete ohne Nachnahme bis 10 Kilo Gewicht zugelassen, die auf dem Landwege nach Litauen im unmittelbaren Austausch, nach Lettland über das Memelgebiet und Litauen befördert werden. Nähere Auskunft erteilen die Postanstalten. —

— Den Wochenlohn verloren. Auf dem Wege Krankenhaus Altstadt—Kaiser-Wilhelm-Platz hat eine arme Frau eine Geldtasche mit 300 Mark verloren. Abzugeben in der Redaktion Volksstimme. —

— Berichtigung. Bei der Notiz über die Erhöhung der Strompreise ist uns ein Druckfehler untergelaufen. Es muß heißen: Bei Verbrauch von 2000 Kilowattstunden pro Jahr (nicht 200) beträgt der Strompreis für die Kilowattstunde 8,50 Mark. —

× **Gestohlen** wurden aus einer Wohnung in der Jakobstraße silberne Tafelgeräte verschiedener Art, darunter Messer, Gabeln und Löffel (gez. Monogramm F. S.) und ein Kinderbesteck (gez. M. K. und H. S.), ferner ein heller Ulster; aus einem Schaufenster in Alt-Westerhüsen ein brauner, kleinkarierter und sechs graugestreifte bzw. graukarierte Jackettanzüge, ein schwarzer Gehrockanzug und ein grauer Sommer-Raglanmantel, Fahrrad „Frischauf“ mit schwarzen Felgen; aus einer Schokoladenfabrik in Sudenburg etwa 3 Zentner Schokolade und Zuckerwaren verschiedener Art. —

× **Endlich ertappt.** Der wohnungslose Photograph Johannes Müller von hier, der seit längerer Zeit fortgesetzt hier und in andern Städten Kinder und jugendliche Personen auf der Straße beauftragte, Briefe mit angeblich wertvollem Inhalt an einer von ihm bezeichneten Stelle abzugeben, wurde festgenommen. Er nahm Kindern bis zu ihrer Rückkehr an Wertgegenständen — als Pfand — ab, was er bei ihnen entdecken konnte und verschwand dann. —

— Schwerer Straßenunfall. Der Kutscher August Mai und der Arbeiter Karl Meise saßen am Montag auf einem mit Häcksel beladenen Wagen. In der Lüneburger Straße unter der Eisenbahnüberführung scheute das Pferd vor einem Zuge und ging durch. Die Insassen fielen vom Wagen und erlitten außer Gehirnerschütterung noch verschiedene Knochenbrüche sowie innere Verletzungen. Die Verunglückten wurden mittels Krankenwagens nach dem altstädtischen Krankenhaus gebracht. —

— Unfall. Am Dienstag wurde das 8jährige Mädchen Irmtraud Heinrich von einem Radfahrer überfahren. Die Verunglückte erlitt einen Unterschenkelbruch und wurde von Straßenpassanten dem Krankenhaus Altstadt zugeführt. —

— Leichenfund. Am 6. Mai wurde auf dem linken Elbufer bei Salbke die schon stark verweste Leiche einer unbekannten männlichen Person gefunden. Sie ist etwa 1,70 Meter groß, dunkelblond mit ungestutztem Schnurrbart und hat stark behaarte Brust. Bekleidet war sie mit grauer Hose, schwarzer Weste, graugrünlicher Winterjoppe, grauer Strickunterjacke, grauwollenem Vorhemd, Trikot-Unterhose, Köperhemd (gez. B. H.), schwarzen Militär-Schnürschuhen. Bei ihr vorgefunden wurde eine Nickeluhrkette, ein Taschenmesser und ein schwarzes Geldtäschchen, in welchem sich ein Zeitungsausschnitt mit einem Stellengesuch eines verheirateten Landwirtssohns als Hofverwalter oder Aufseher unter der Chiffre „Z. o. 080“ befindet. Angaben, die zur Feststellung der Persönlichkeit führen können, erbittet die Kriminalpolizei, Zimmer 263.

Arbeiter-Jugendbund Groß-Magdeburg.

Allgemeines.

Arbeitsabend für alle Mädel Mittwoch ½8 Uhr im Frankeheim. **Aerztliche Untersuchung kostenlos** durch Herrn Dr. Berger, Breiteweg 259, abends von 7 bis 8 Uhr, von Montag bis einschließlich Donnerstag dieser Woche.

Werbebezirke.

Mitte: Dienstag ½8 Uhr Jugendheim Georgenplatz Musikabend. Alle müssen kommen.

Gruppen.

Alte Neustadt Ost: Donnerstag ½8 Uhr Schule Ottenbergstraße Aussprache über unser Denken und Wollen zur neuen Bildungs- und Kulturarbeit.

Theater, Konzerte, Vorträge rc.

Städtische Theater. Stadttheater. Mittwoch: Theaterkonzert. Donnerstag (1. Abend): Rigoletto. Freitag (2. Abend): Fidelio. Sonnabend (3. Abend): Pygmalion. Sonntag (außer Anrecht) einmaliges Gastspiel Elfriede Marherr-Wagner von der Staatsoper Berlin: Mignon. —

Wilhelm-Theater. Mittwoch (8. Vorstellung im Wiederholungszyklus zeitgen. Bühnenwerke): Alles um Geld. Donnerstag: Scampolo. Freitag: Scampolo. Sonnabend: Börsenfieber. Sonntag: Scampolo. —

Städt. Orchester. Mittwoch, 10. Mai, abends 7½ Uhr, 4. Sinf.-Konzert Abt. B im Stadttheat., vorm. 11 Uhr öffentl. Hauptpr. Ltg. städt. Kapellm. Dr. Rabl, Sol Heinr. Knote, Tenor. Karten b. Heinrichsh., am 10. Mai auch a. d. Theaterkasse.

Schwurgericht Magdeburg.

Wegen Abtreibung und Beihilfe dazu wurde am Montag gegen die geschiedene Näherin A. B. von hier sowie die Ehefrau F. W. und ihren Ehemann, den Schlosser G. W., verhandelt. Die Ehefrau, die zur Zeit die Verlobte ihres jetzigen Mannes war, war bei Begehung der Tat kaum 15⅓ Jahre alt. Frau B. ist wegen gleicher Straftaten schon zweimal erheblich bestraft. Der Oberstaatsanwalt beantragte für die Ausführende 3 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust und für den Ehemann 1 Jahr Gefängnis. Während der Beratung veranlaßten die Geschworenen das Gericht zur Rückkehr und erklärten, daß sie mildernde Umstände zugebilligt hätten, wenn sie vorausgesehen hätten, daß die eine Angeklagte bei Versagung der mildernden Umstände zu Zuchthausstrafe verurteilt werden würde. Es wird die ausführende Frau zu 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus, der Ehemann W. zu 5 Monaten Gefängnis mit einer 3jährigen Bewährungsfrist bei Ableistung einer Geldbuße von 4000 Mark, zahlbar in vierteljährlichen Raten à 500 Mark verurteilt. Die Ehefrau wird, weil sie die erforderliche Einsicht der strafbaren Handlung nicht besessen hat, freigesprochen. Den Geschworenen wird anheimgestellt, durch ein Gnadengesuch für die zu Zuchthausstrafe Verurteilte eine Umwandlung in Gefängnisstrafe zu erwirken. —

Wegen zweifacher öffentlicher Urkundenfälschung und Betrugs hat sich der Kaufmann Hermann Krätzel zu verantworten. Der Angeklagte hatte bei der hiesigen Gepäckabfertigungsstelle zweimal Pakete abgegeben, die Hinterlegungsscheine umgeändert und durch einen Jungen einlösen lassen. Beim zweiten Falle wurde die Sache von dem diensttuenden Beamten bemerkt, und der Junge, dem das Paket ausgehändigt worden war, verfolgt und dadurch der Täter festgestellt. Zu seiner Entschuldigung gibt er an, daß er in Not gewesen sei. Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage der öffentlichen Urkundenfälschung und bejahten die Schuldfrage der privaten Urkundenfälschung und des Betrugs. Mildernde Umstände wurden zugebilligt. Der entstandene Schaden besteht in dem Verlust einiger Kohlköpfe und von 2 Pfund Mehl. Das Gericht sah in der Beziehung eine schwere Gemeingefährlichkeit, und verurteilte Kr. zu 6 Monaten Gefängnis. 2 Monate der Strafe sollen bei einer 3jährigen Bewährungsfrist erlassen werden. —

Der Frauenmord in Borne. Am Dienstag begann die Verhandlung gegen den ledigen Landwirt Hermann Jänicke zu Borne wegen Mordes vor dem Schwurgericht. Die Anklage vertritt Staatsanwaltschaftsrat Metsch, die Verteidigung führt Justizrat Pistorius. 36 Zeugen sind geladen, außerdem wohnen fünf Aerzte als Sachverständige der Sitzung bei. Dem Angeklagten wird zur Last gelegt, vorsätzlich und mit Ueberlegung seine Tante, die ledige Martha Mittag (52 Jahre alt) in der Nacht vom 27. zum 28. August 1919 ermordet zu haben. In den Morgenstunden des 28. August wurde die Tante des Angeklagten an der Türklinke hängend tot aufgefunden.

Der Angeklagte erklärt zu Beginn seiner Vernehmung, daß er mit dem Morde nicht das geringste zu tun habe, er ist aber bereit, sich zur Aufklärung der Mordtat vernehmen zu lassen. Die Ermordete besaß in Borne ein eignes Grundstück mit 40 Morgen Acker. Das Haus bewohnte sie allein mit einem Dienstmädchen. Da die Ermordete die großen Ackerflächen nicht bewirtschaften konnte, verpachtete sie den Acker an ihren Neffen, den Angeklagten, der die Bewirtschaftung auch übernahm und darum in dem Hause seiner Tante auch Wohnung bezog. Es war zwischen der Mutter des Angeklagten und der Schwester der Mutter, die Ermordete, bereits mündlich vereinbart, daß der Angeklagte Haus und Acker als eigen übernehmen sollte, aber unter der Bedingung, daß die Tante in dem Hause ihr Leben lang umsonst wohnen bleiben konnte. Die Uebernahme der Wirtschaft sollte im Herbst erfolgen, zu der Zeit sich der Angeklagte auch verheiraten wollte. Ein Brief der Ermordeten, der an einen Rechtsanwalt in Staßfurt gerichtet war, bestätigt im allgemeinen die bisherige Aussage des Angeklagten. Eine gerichtliche Ueberschreibung hat aber bis zum Tage der Ermordung nicht stattgefunden. Die Ermordete trug sich aber nach der mündlichen Vereinbarung zwecks Ueberlassung der Wirtschaft auf den Angeklagten plötzlich noch einmal mit Heiratsgedanken. Sie soll sich auch einmal geäußert haben, daß der Angeklagte ihr unsympathisch sei, außerdem hat die Ermordete ein bedrücktes Wesen zur Schau getragen, als es feststand, daß der Angeklagte mit seiner zukünftigen Frau in das Haus einziehen sollte.

Verbandstag des Deutschen Bauarbeiterverbandes.

Leipzig, 8. Mai.

Das 350 Delegierte und sonstige Verbandsvertreter umfassende Parlament des Deutschen Bauarbeiterverbands begann am Montag morgen im großen Saale des Leipziger Volkshauses seine Arbeiten, denen als internationale Gäste beiwohnen eine große Reihe Vertreter der Bruderverbände aus Oesterreich, der Tschechoslowakei, Schweiz, Holland, Dänemark, England, Rußland, Belgien, Frankreich, Ungarn, als deutsche Gäste Vertreter der freien Verbände der technisch-industriellen Angestellten und Beamten, der Zimmerer, Dachdecker, Glaser, Maler, Steinarbeiter, Steinsetzer, Asphalteure sowie der Zentrale zur Förderung des Bauarbeiterschutzes. Silberschmidt, Behrendt und Päplow wurden als Leiter bestellt.

Päplow ergänzte in gedrängter Rede den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht. Er legte die dringende Notwendigkeit von Verbesserungen auf dem technischen Verwaltungsgebiet, in der Rechtsschutz-, in der Auskunftserteilung, in Rechtsfragen, in der Werbetätigkeit des Verbandes dar. Bei der Werbetätigkeit komme leider auch in Betracht die vorhandene politische Meinungsverschiedenheit, die sicherlich schon der Gewerkschaftsbewegung Abbruch getan habe. Es müsse aufs neue wieder erhärtet werden, daß der Austrag jener Meinungsverschiedenheiten nicht im gewerkschaftlichen Leben zu geschehen habe, ja nicht geduldet werden könne. Leider habe die Hoffnung, daß nach Annahme der Entschließung des Verbandstags in Karlsruhe Besserung eintreten werde, getäuscht. Die

links von den Unabhängigen

stehenden Kollegen wären schärfer noch als einstmals die Unabhängigen vorgegangen. In nichts habe der Vorstand die Weltanschauung und politische Ueberzeugung der kommunistischen Kollegen angetastet; er habe gemahnt, er habe gebeten, schließlich habe er die Vereine Chemnitz und Aschersleben wegen bewußter Verstöße gegen die Karlsruher Beschlüsse aus dem Verband ausgeschlossen. Die Notwendigkeit zu diesen Schritten habe selbstverständlich auf die Werbetätigkeit des Verbandes lähmend gewirkt.

Auf dem Gebiete der Lohnbewegungen sei nicht erreicht, die aufsteigende Teurung durch die Löhne auszugleichen. Aber die Löhne aufwärts gebracht zu haben nach Maßgabe der Verbandskräfte, das könne als Erfolg der Verbandstätigkeit behauptet werden. Das gleiche auch von der Reichstarifbewegung.

Die Sozialisierung des Bauberufs,

früher vorwiegend theoretisches Problem, sei seit der Karlsruher Tagung tatkräftig gefördert worden. Alle die schwierigen und verzweigten Fragen hätten Verbandsvorstand, Bezirksleiter und sicher auch manchen Vereinsvorstand außerordentlich stark in Anspruch genommen. Die Vertretung des Verbandes nach außen, so der Regierung gegenüber (im Gewerkschaftsausschuß des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes) bringe immer mehr die Notwendigkeit der Vertretung weittragender allgemeinwirtschaftlicher Fragen mit sich: Sozialisierung der Bergwerke, Erfassung der Sachwerte, Einziehung der Steuern usw. Nicht nur die zehn Punkte seien aufgestellt worden. Viel mehr ist versucht worden, besondere Anerkennung habe man, und das sei angesichts der bestehenden Zustände begreiflich, nicht erzielen können. Aber zu der von ganz links propagierten Anwendung nackter Gewalt, wobei man aufs Spiel setze,

selber mit zugrunde zu gehen,

habe man sich nicht entschließen können. Päplow streift kurz den russischen Zustand, die von dort erhobenen Vorwürfe gegen die Amsterdamer Internationale als einer gelben Organisation. Zur Steurung der Not der russischen Hungernden beantragt er, 500 000 Mark aus der Verbandskasse zu bewilligen. Er beschließt das Bild des in großen Zügen erstatteten Tätigkeitsberichts mit einer kurzen Streifung der internationalen Betätigung und beantragt, dem Vorstand für seine Tätigkeit Entlastung zu erteilen. (Starker Beifall.)

Kassierer Kober gab ein Bild der Finanzgebarung, die das Prädikat „günstig" nicht unbedingt verdient (das gesamte Verbandsvermögen betrug am Schlusse des vorigen Jahres 57¼ Millionen Mark), indessen wenn der Verbandstag die Unterstützungssätze im richtigen Verhältnis zu den Beiträgen belasse, könne der Verband mit seinen Mitteln den an ihn herantretenden Anforderungen genügen.

Aus dem Bericht Töpfers über die Streik- und Lohnbewegungen ist hervorzuheben eine Ausgabe von 36¼ Millionen Mark an Streikunterstützung in den beiden letzten Jahren. Zusammenfassend sei zu sagen: trotz aller Widerwärtigkeiten bei der Führung von Streiken und Lohnbewegungen in den letzten 2 Jahren sei im allgemeinen das möglich Gewesene erreicht worden. Größeres gegenseitiges Vertrauen unter den Kollegen — das würde den Lohnbewegungen zugute kommen. —

Provinz und Umgegend.

Provinziallandtag.

Die erste Vollsitzung wird vom Landeshauptmann Oeser mit einer großen Rede zum Haushalt eingeleitet, die einen allgemeinen Ueberblick über die Aufgaben der Provinz gibt.

Bei Aufstellung des Etats hat man sich von größter Sparsamkeit leiten lassen müssen. Für Besoldungen der Beamten, Angestellten und Arbeiter sind 25,7 Millionen Mark notwendig. Die Straßenbaukosten in der Provinz erfordern bedeutende Mittel. Aber gerade daran kann nichts gestrichen werden, denn während des Krieges sind bereits wegen Material- und Arbeitermangels 300 Kilometer Straßenbau unterlassen worden. Der Haushalt der Anstalten erfordert gegen früher einen Mehrbetrag von 24½ Millionen Mark. Die Zentralisierung des Beschaffungswesens soll bei dem großen Bedarf aller Anstalten an Kohlen, Dauerlebensmitteln und Kleidungsstücken eingeführt werden. Dasselbe Verfahren wird bei der Beschaffung von Material für die Elektrizitätsunternehmungen und Kleinbahnen notwendig sein. Die Kleinbahnen befinden sich in ungünstiger Lage. Während des Krieges hat die Bautätigkeit geruht, das Material ist weggeflossen, die weitere Förderung wird durch die Teurung beeinträchtigt. Dem Elektrizitätswesen wird man die größte Aufmerksamkeit schenken müssen, weil es einmal die Stütze des Haushalts der Provinz werden wird. Das Bauwesen belastet den Etat der Provinz außerordentlich. Die Kosten für die geplanten Projekte werden sich um 100 Prozent erhöhen. Der Wohnungsnot im mitteldeutschen Industriebezirk, welche die in andern Provinzen weit übertrifft, muß energisch gesteuert werden, ehe sich die Verhältnisse katastrophal entwickeln. Das Wohlfahrtsministerium will zur Förderung des Wohnungswesens 56 Millionen Mark zur Verfügung stellen.

Die Einnahmepositionen im Etat sind außerordentlich trübe. Ausgleichstocks und Reservefonds stehen nicht zur Verfügung. Bedauerlicherweise wird die Provinz Kostgänger der schwerringenden Gemeinden bleiben müssen. Was man früher geschont hat, muß jetzt schwerer belastet werden. Schäden von früher sind auszubessern. An Dauerausgaben sieht der Etat vor 262 Millionen, an einmaligen Ausgaben 44 Millionen, zusammen

306 Millionen Mark Ausgaben.

Mit einer glänzenden Darlegung über die außenpolitische Lage und ihre Wirkungen auch auf die Provinz schließt der Landeshauptmann seine Darlegungen.

In der Aussprache läuft Abg. Freiherr von Erffa (Bürgerl. Vereinigg.) Sturm gegen den Achtstundentag, spricht für Vereinfachung der Verwaltung und tritt für Sparsamkeit ein.

Ein Antrag der Kommunisten, für die notleidenden Russen 50 000 Mark zu bewilligen und der Sowjetkommission zuzusenden, wird dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Abg. Kasparek (Unabh. Soz.) kritisiert die Zustände in den Erziehungsanstalten.

Abg. Bergemann (Soz.): Reich und Staat dürfen bei [illegible] Finanznöten die Provinzen nicht vergessen. Nur das Notwendigste kann ausgeführt werden. Das Vertrauen zur Provinzialverwaltung in der Bevölkerung muß mehr gestärkt werden. Dazu ist nötig, daß die Verwaltung der Provinz demokratisiert wird.

Es sprachen noch die Abgg. Schippa (Komm.), Schilling (Ztr.) und Müller (Dem.). Dann gehen die Haushaltpläne an den Ausschuß. Eine ganze Reihe von Vorlagen, darunter auch die über Beteiligung an Elektrizitätsunternehmungen, werden ebenfalls an die einzelnen Ausschüsse überwiesen. —

Landverwertung zu Kleingartenzwecken.

Der Minister für Volkswohlfahrt hat einen Erlaß über die Inanspruchnahme von Land zu Kleingartenzwecken herausgegeben: Nach der Kleingartenordnung vom 31. Juli 1919 sind Grundstücke in Privatbesitz für Kleingartenzwecke erst dann zwangsweise in Anspruch zu nehmen, wenn geeignete, im öffentlichen Eigentum stehende Ländereien nicht zur Verfügung stehen. Die Vorsorge für Kleingartenland ist eine Aufgabe der Wohnsitzgemeinde, woraus folgt, daß die Deckung des Bedarfs zunächst zu prüfen ist, inwieweit das aus dem Landbesitz der Gemeinde selbst möglich ist. Dabei soll nicht der Grundsatz aufgestellt werden, daß die Wohnsitzgemeinde erst den letzten Morgen ihrer Ländereien an die Kleingärtner aufgeteilt haben müsse, ehe andres Land in Anspruch genommen werden dürfe; ein solches Verfahren würde jede großzügige Landpolitik einer Stadt zunichte machen. Vielmehr sind neben der Wirtschaftlichkeit des landwirtschaftlichen Betriebs auch die äußerst mannigfachen sonstigen Landbedürfnisse eines gut geleiteten Gemeinwesens zu berücksichtigen. Wenn die öffentlichen Interessen durch Inanspruchnahme von Gemeindeland, namentlich in sozialwirtschaftlichem Sinne, so ungünstig beeinflußt werden daß die Nachteile größer sind, als diejenigen Nachteile, die etwa durch zwangsweise Inanspruchnahme andern öffentlichen oder privaten Landes entstehen, dann darf auf diese zurückgegriffen werden. Das ist der grundsätzliche Standpunkt, der in dieser Frage maßgebend sein soll. —

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Barleben, 9. Mai. (Der neugewählte Elternbeirat) setzt sich aus acht Arbeitervertretern und fünf bürgerlichen zusammen. Trotz schwacher Wahlbeteiligung seitens der Arbeitereltern hat unsre Liste gesiegt. —

Olvenstedt, 9. Mai. (Zur Elternversammlung) am Mittwoch abend 8 Uhr im Lokal von Scherping müssen alle Parteigenossen, die schulpflichtige Kinder haben, erscheinen. Es wird über die Elternbeiratswahl gesprochen. —

Glindenberg, 7. Mai. (Elternbeiratswahl.) Von den abgegebenen 116 Stimmen entfielen auf unsre Liste 81 Stimmen. Von 5 Sitzen erhielten wir 4, die Gegner 1 Sitz (früher 2). Ein guter Erfolg, trotzdem sich der 1. Lehrer sehr für unsre Gegner ins Zeug gelegt hatte. —

Meitzendorf, 9. Mai. (Reinfall des Konsistoriums.) Der Schmied Gustav Dögelow und die Ehefrau des Hauptlehrers Hermann waren in einer Beleidigungsklage, die vom Konsistorium gegen beide angestrengt war, freigesprochen worden. Gegen dieses Urteil hatte die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt. Der Sachverhalt ist folgender: Anläßlich der Kirchenratswahlen in Meitzendorf wurden von den Wahlbeteiligten Unregelmäßigkeiten darin gesehen, daß die vom Gemeindevorsteher gelieferten Wahlumschläge nicht benutzt wurden. Außerdem sollen die Eintragungen in die Listen Mängel aufgewiesen haben. Bei der Wahl selbst stellte sich auch noch heraus, daß die Stimmzettel der beiden Parteien von außen erkenntlich waren. Es sollen von den Angeklagten Ausdrücke wie „Schiebung", „Sieberei" und „Mogelei" gebraucht sein. Nach der Beweisaufnahme wurde von der Verteidigung, den Rechtsanwälten Dr. Hammerschlag und Lichenheim, beantragt, die Anklage überhaupt abzulehnen, da das Konsistorium gar kein gesetzliches Recht besitze, einen Strafantrag zu stellen. Die Pastoren seien keine rechtlich staatlichen Beamten und das Konsistorium über nur eine Aufsicht aus. Das Gericht schloß sich dieser Ansicht an und stellte fest, daß kein rechtlicher Strafantrag vorliegt. —

Meitzendorf, 9. Mai. (Schadenfeuer.) Hornsignale und Sturmglocke verkündeten Montag mittag den Ausbruch eines Feuers. Dichte Rauchwolken wiesen nach dem Grundstück des Gutsbesitzers Dorendorf. Es brannte eine Scheune, in der landwirtschaftliche Maschinen aufbewahrt waren. Nachdem der Dachstuhl niedergebrannt war, boten die massiven Mauern dem Brande Halt, so daß die zahlreich erschienenen Wehren der Umgegend bald wieder abrücken konnten. Man vermutet fahrlässige Brandstiftung durch spielende Kinder. —

Schnarsleben, 9. Mai. (Unabhängige Darstellungsart.) Die „Magdeburger Volkszeitung" brachte kürzlich einen Bericht über eine Gemeindevertreter-Sitzung. Dieser enthält sehr viel Unwahrheiten, die man dem unabhängigen Berichterstatter nicht übelnehmen kann. Wenn in dem Artikel geschrieben wird, die Vertreter der S. P. D., vor allem der Genosse Braune, wollten es verhindern, daß Jenrich Gemeindevertreter der U. S. P. wird, so sei erwähnt, daß Jenrich, als er als Kandidat zur Gemeindevertreterwahl aufgestellt wurde, noch der Sozialdemokratischen Partei angehörte. Es wäre also doch anständig gewesen, das Amt als Gemeindevertreter nicht anzunehmen. Weshalb hat denn die U. S. P. ihren Vertreter gezwungen, aus der Gemeindevertretung auszuscheiden? Weil er mit unsern Genossen zusammen im Interesse der Gemeinde gearbeitet und keine agitatorischen Anträge gestellt hat. Deshalb ist der Ausspruch unsrer Genossen berechtigt: Wenn von Jenrich agitatorische Anträge gestellt werden, erhalten diese unsre Unterstützung nicht. Auf völliger Unwahrheit beruht die Behauptung, daß sich die Kohlenkommission vollständig mit Kohlen eingedeckt hätte und die Einwohner hätten keine bekommen. Richtig ist es vielmehr, daß sämtliche Familien mit 40 Zentner versorgt waren, während die Kohlenkommission, die aus sechs Personen besteht, im ganzen nur 72 Zentner erhalten hat, also für jeden Haushalt ganze 12 Zentner. Wenn nun der unabhängige Berichterstatter schreibt: Alles der Arbeiterschaft zuliebe und alles auf Kosten der Besitzenden, danach zu handeln betrachtet Jenrich als seine oberste Pflicht, so muß erwähnt werden, daß Jenrich in der Sitzung dafür gestimmt hat, daß Gemeindeacker, der von kleinen Leuten gepachtet ist, nach Weizenpreisen bezahlt werden sollte. Unsern Genossen aber ist es zu danken, daß nicht der Weizenpreis, sondern nur eine Pachtpreiserhöhung von 100 Prozent festgesetzt wurde. Die Einwohner von Schnarsleben sind froh, daß die Unabhängigen im Orte nicht die Mehrheit haben, sie wissen auch sehr genau, daß die Vertreter unsrer Partei in der Gemeinde alles getan haben, um der Bevölkerung zu helfen. —

Neuhaldensleben, 8. Mai. (Ortsausschuß.) Durchbrechungen des Achtstundentags und die Leistung unnötiger Ueberstunden wurden kritisiert. Im Steinbruch Süplingen, wo solche Fälle vorgekommen sind, ist die Sache geregelt. Weitere Fälle von Ueberschreitung des Achtstundentags sind zur Anzeige gebracht. Es kam auch zur Sprache, daß von Unternehmern darauf hingewiesen ist, daß sich Arbeiter von selbst zu Ueberstundenarbeit anbieten. Von den Musikern wurde Klage geführt, daß Arbeiter neben ihrem Verdienst noch Aufträge zum Musizieren annehmen und sie billiger ausführen, als die Berufsmusiker es können, was diese schwer schädigt. Das muß von den Gewerkschaften unterbunden werden. Die durch Sammlungen aufgebrachte Streikunterstützung für die Arbeiter der Hefefabrik beträgt 19 294 Mark. Das ist ein glänzender Beweis für die Solidarität der Arbeiter. Katzorke vom Landarbeiterverband wünschte, daß die Landarbeiter bei ihrem Kampf um den Achtstundentag von den andern Gewerkschaften unterstützt werden. Beschwerden über Bauarbeiterschutz sind an Gadau, Holzmarkt 37, zu richten. Den Bericht von der Bezirkskonferenz in Magdeburg gab Winter. Die Betriebsräte müssen sich noch viel mehr geistig schulen, um den Kapitalismus wirksam bekämpfen zu können. Die Beschwerden, daß nicht genügend belehrende Vorträge veranstaltet werden, sind unbegründet. Leider ist festgestellt, daß die Vortragsabende bisher meist schlecht besucht waren. Nachdem Winter noch wichtige Mitteilungen über die Verhandlungen der Bezirkskonferenz gegeben hatte, sprach Feldmann über das Referat des Genossen Silberschmidt. Der Beitragserhöhung an das Bezirkssekretariat für männliche Mitglieder auf 60 Pfg. und für weibliche auf 40 Pfg. im Jahre wurde zugestimmt. Die Beiträge für den Ortsausschuß wurden erhöht auf 60 Pfg. für die verkaufte Marke. Müller kritisierte scharf das Verhalten des Fabrikbesitzers Klavehn, der alle tariflichen Abmachungen sabotiert. Vollbricht forderte, um den Mangel an Bauhandwerkern abzustellen, daß aus allen Betrieben, wo noch Bauhandwerker beschäftigt sind, diese entlassen, ihrem Beruf wieder zugeführt und dafür Erwerbslose eingestellt werden. Der Schlichtungsausschuß hat Aufwandsentschädigung für Lehrlinge im Kaufmannsgewerbe festgesetzt. Das gleiche muß auch da, wo es im Handwerksbetrieb noch nicht geschehen ist, nachgeholt werden. Die Agitation für den Konsumverein, die bisher schon gute Erfolge erzielt hat, muß energisch fortgesetzt werden. Winter empfiehlt noch die genossenschaftliche Versicherung „Volksfürsorge". Am Freitag abend findet eine Vollsitzung der Betriebsräte bei Coldiz statt. —

Kreis Jerichow 1 und 2.

Burg, 9. Mai. (Elternversammlung.) Die Wichtigkeit der Elternbeiratswahlen am 28. Mai hätte durch einen stärkeren Besuch besser gewürdigt werden müssen. Genosse Biegelsky gab einen Rückblick über die zweijährige Tätigkeit der Elternbeiräte. Durch ihre rastlose Mitarbeit, die in den Kreisen der erwerbstätigen Eltern aber leider nicht voll gewürdigt wird, ist die Grundschule eingerichtet, ist Zahnpflege für Kinder eingeführt usw. Bei der kommenden Wahl will unsre Partei eine eigne Liste aufstellen. Die Parteimitglieder, soweit sie wahlberechtigt sind, müssen also restlos zur Wahl erscheinen, um unsrer Liste zum Siege zu verhelfen. Genosse K. Wahl erklärte darauf die Wahlordnung. Auch die Pflege- oder Stiefeltern haben das Wahlrecht. Für die Knabenvolksschule sind 21, für die Mädchenvolksschule 24 Elternbeiräte zu wählen. Das Wahllokal für die Knabenschule befindet sich in der Schule der Brüderstraße, ebenfalls das für die Hilfsschule, während für die Mädchenschule in der Schule Kapellenstraße gewählt wird. Wahlzeit ist von 8 bis 1 Uhr vormittags. Die Wählerlisten liegen bei den einzelnen Hausmeistern der Schulen bis einschließlich Sonntag den 14. Mai aus. Es ist notwendig, daß rechtzeitig Einsicht in die Wählerliste genommen wird. Die Wählerliste für die Hilfsschule liegt beim Hausmeister der Knabenvolksschule mit aus. Die Genossen Röstel, Ziegler u. a. machten in der Versammlung noch erläuternde Ausführungen zur Wahl. Eine rege Aussprache zeitigte dann der Antrag der Unabhängigen, eine gemeinsame Liste mit ihnen aufzustellen. Es wurde übereinstimmend erklärt, daß unsre Partei am Orte keine Veranlassung hat, für die U. S. P. einen Wahlsieg zu erkämpfen. Wie bei der aus richtigen Gründen abgelehnten gemeinsamen Maifeier suchen die Unabhängigen immer nur dort die Einheitsfront, wo sie ihre eigne Ohnmacht verhüllen wollen. Nach der Feststellung der Vorschläge zu den Wahlvorständen und nach der Aufstellung der Kandidatenliste wurde die Versammlung geschlossen. Nun ist es die Aufgabe unsrer Genossinnen und Genossen, eifrig für unsre Wahlvorschläge zur Elternbeiratswahl zu werben. Wir müssen beweisen, daß es uns Ernst ist mit der Reformierung des Schulwesens. — Polizeibericht. Seit dem 1. Mai wird die 19jährige Anna Kolbitz vermißt. Zuletzt wurde sie mit einem unbekannten jungen Mann in einem Café gesehen. Es wird vermutet, daß dem jungen Mädchen ein Unglück zugestoßen oder daß es zu Zwecken der Unzucht entführt ist. Die Vermißte ist etwa 1,65 Meter groß und hat einen kräftigen Körperbau. Sie trug einen rostbraunen Kragen, ein blauwollenes Kleid, schwarze Strümpfe und weißen Hut mit schwarzen Aufschlägen. Personen, die über den Aufenthalt der Vermißten sachdienliche Angaben machen können, werden ersucht, sich umgehend bei der Kriminalpolizei, Rathaus, Zimmer Nr. 5, zu melden. Für die Ermittlung ist eine Belohnung von 500 Mark in Aussicht gestellt.

Genthin, 9. Mai. (Das Ergebnis der Stadtverordnetenwahl.) Es erhielten Stimmen: Sozialdemokraten 180 (248) = 1 Mandat; Unabhängige 252 (714) = 2 Mandate; Kommunisten 311 (199) = 3 Mandate; Vereinigte Bürgerliche 1409 (1489) = 14 Mandate und die Mieterpartei 421 = 4 Mandate. Die Wahlbeteiligung war verhältnismäßig schwach (65 Proz.); es gingen nur 2573 von 4027 Wahlberechtigten zur Wahl (die eingeklammerten Zahlen sind die Stimmen der Reichstagswahl 1920).

Unterbezirk Staßfurt-Aschersleben.

Gemeindevertreter-Konferenz.

Am Sonntag den 14. Mai, vormittags 10 Uhr, findet in Gatersleben bei Schütze eine Konferenz sozialdemokratischer Gemeindevertreter, Schöffen, Magistratsmitglieder usw. statt. Es wird gesprochen über die Beschaffung von Geldmitteln zur Bekämpfung des Wohnungselends, über vorteilhaftes Bauen und über sonstige Gemeindeangelegenheiten. Alle Parteigenossen, die an der Kommunalpolitik irgendwie beteiligt sind, werden um Teilnahme gebeten. —

*

Staßfurt, 9. Mai. (Unternehmerwillkür.) Der Metallarbeiterverband schreibt uns: In der Feilenfabrik von Fr. Klincke, Inhaber Georg Pahlmann, hatte ein Feilenschleifer um einen dreiwöchigen Urlaub gebeten, um an einem vom Deutschen Metallarbeiterverband veranstalteten Lehrkursus teilzunehmen. Der Urlaub dazu wurde ihm aber rundweg abgelehnt, trotzdem ein Vertreter im Betrieb vorhanden war. Bei seiner Rückkehr fand der Kollege seine Papiere auf dem Amtsgericht hinterlegt vor und ihm wurde der Hof verwiesen. Damit aber noch nicht genug, ging auch der Unternehmer dazu über, fünf Kollegen wegen Mangels an geschliffenen Feilen zu kündigen, und am folgenden Tage mußten sich alle Kollegen damit abfinden, 4 Stunden zu arbeiten. —

Aschersleben, 9. Mai. (Die Elternbeiratswahlen) finden am 28. Mai statt. Der Verein proletarischer Freidenker und die drei sozialistischen Parteien haben beschlossen, gemeinsame Listen aufzustellen. In einer Versammlung wurde Kritik geübt an der Gleichgültigkeit vieler bisheriger Elternbeiratsmitglieder. Es soll in Zukunft mehr Bedacht auf Tüchtigkeit als auf Parteizugehörigkeit genommen werden. Aufgestellt wurden als Listenführer: Stephanischule: Otto Grunitz; Luisenschule: H. Leya; Johannisschule: Friedrich Baumgarten. — Von der Schupo. Die erste Hundertschaft ist nunmehr von der Schule der

(Fortsetzung des redaktionellen Teils nächste Seite.)

„Uvacol"
Kalk-Eisen-Phosphor-Präparat
das ideale Nähr- und Kräftigungsmittel
Wohlschmeckend / Originalpackung 90 Tabletten
In allen Apotheken und Drogerien
M185

Fleischhauerstraße nach der neuen Kaserne (Bürgergarten) vollständig übergesiedelt. Die Schule muß nun renoviert werden, was erhebliche Kosten verursacht. Es soll versucht werden, diese vom Fiskus wieder zu bekommen. Die zweite Hundertschaft befindet sich noch in Hettstedt, sie kommt, wenn die Kaserne vollständig fertig ist. — Das „Krähengeschrei" soll einen Bebauungsplan erhalten. Straßen werden angelegt oder verlegt. Es soll dort einmal ein neuer Stadtteil entstehen, sobald das Bauwesen wieder flott wird. Mit dem Plane wird sich die nächste Stadtverordneten-Sitzung beschäftigen. — Die Krankenhausverpflegesätze werden in den Klassen 1 bis 3 für Einheimische auf 100, 70 und 40 Mark, für Auswärtige auf 185, 90 und 55 Mark erhöht. Die Ursachen bestehen in der höheren Besoldung der Schwestern, der Anschaffung teurer Wäsche und so weiter. — Die Schlachthofgebühren sollen um 33 v. H. der im März beschlossenen Gebühren erhöht werden. Es kostet dann z. B. die Schlachtgebühr für ein Schwein über 100 Kilogramm Lebendgewicht 80 Mark, von 50 bis 100 Kilogramm 60 Mark usw. Die Erhöhungen sollen eine jährliche Mehreinnahme von 460 000 Mark bringen. —

Kleine Chronik.

Ein vorsichtiger Selbstmörder. Im Teltow-Kanal in der Nähe der Dresdner Brücke fand ein Beamter des Reichswasserschutzes am Sonntag die Leiche eines Mannes, der anscheinend mit Gewalt ins Wasser geworfen worden war. Seine Kleidertaschen waren mit Sand gefüllt und zugeknöpft, die Hände waren über der Brust gefesselt, eine Zuckerschnur war dreimal um jedes Handgelenk gebunden. Kriminalkommissar Hasenjäger vom Polizeiamt Steglitz stellte bald fest, daß kein Verbrechen vorliegt, sondern Selbstmord. Die Zuckerschnur war nicht zusammengebunden, die Enden waren vielmehr nur zwischen Daumen und Zeigefinger eingeklemmt. Der Mann hat sie um die Handgelenke gebunden, um sich selbst am Schwimmen zu hindern. Ebenso hat er sich selbst die Taschen mit Sand gefüllt, um sicher unterzugehen. —

45 Meter tief abgestürzt. Als ein Schornsteinbauer in Plettenberg mit dem Ausfugen eines Schornsteins beschäftigt war, lockerte sich die Stütze des Brettes, auf dem er saß. Der Mann stürzte aus einer Höhe von 45 Metern ab, durchschlug mit seinem Körpergewicht das Dach einer Ziegelei und blieb schwerverletzt mit dem Kopfe in einem Haufen Lehm stecken, aus dem er sterbend hervorgezogen wurde. —

Und herein mit gewaltigem Schritt... In Berlin weilte kürzlich der Meisterboxer Dempsey, ein Amerikaner. Ueber die Abschiedsfeier wird dem Berliner „Sportblatt" berichtet: „... Der Abschiedsakt im Sportpalast vollzog sich in ruhiger und würdiger Weise. Der eigentliche Vorgang spielte sich innerhalb weniger Minuten ab. Erwartungsvoll sitzen die geladenen Gäste an gedeckten Tischen und plaudern angeregt über die Ruhmestaten des berühmten Meisterboxers, sich hierbei in allerlei Mutmaßungen ergehend, wie dieser, die ganze Welt mit seinen Taten in Bann haltende Mann wohl äußerlich beschaffen sein mag, als sich plötzlich die Tür des Kasinos öffnet. Alles springt von den Plätzen. Dempsey ... Dempsey! ... Dempsey! ... Er ist da! ... Herein tritt unter Führung von Walter Rütt der Meisterboxer aller Gewichtsklassen. Das Rufen verhallt ... es wird still ... Aller Augen sind auf Dempsey gerichtet. „Also das ist der berühmte Dempsey!" hört man allenthalben sagen. Einige Minuten verfliegen. Man fängt an, sich von dem Erstaunen zu erholen und stellt fest, daß dieser Meisterboxer doch auch nur ein Mensch und Erdenkind ist." Es gibt also auch Sportbyzantiner in Deutschland. —

Eine Lachtaube, „die sich schwarz geärgert hat"! Einem Mann in Seelow (Reg.-Bez. Frankfurt a. d. O.) sollte eine Lachtaube gepfändet werden. Als der Beamte sie abholen wollte, saß im Käfig eine Dohle. Auf die Frage des Beamten nach dem Verbleib der Taube erwiderte der Besitzer, ein Arbeiter, das Tier habe sich aus Aerger über die Pfändung schwarz geärgert. Da der Scherz aber nicht nur einem unbedachten Galgenhumor entsprang, sondern der Mann dem Beamten auch Widerstand leistete, wurde er wegen Pfandverstrickung und Widerstandes zu 12 Tagen Gefängnis verurteilt. —

Gewinn-Auszug
der
19. Preuß.-Südd. (245. Preuß.) Klassen-Lotterie

5. Klasse. 21. Ziehungstag. 6. Mai 1922.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Ohne Gewähr. Nachdruck verboten.

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 490 Mark gezogen:

2 zu 15000 M 195807
4 zu 10000 M 59874 202418
16 zu 5000 M 9324 23664 137591 141204 179357 184232 254896 256705 269804
84 zu 3000 M 11153 13356 44260 44518 60019 62775 66229 77012 85824 36566 91178 93263 98693 98914 99799 100321 102853 105613 114423 117857 124099 130645 133277 162439 164108 165949 170512 173759 179350 184375 184558 187212 189647 190309 197149 202291 204528 231984 237147 260818 283757 287252
374 zu 1000 M 221 1329 1832 2503 3335 8540 8943 9253 9646 10924 11202 11284 19136 19607 20446 21651 23146 24293 24940 28657 28662 30054 35440 41023 42996 43161 43309 44889 46391 50687 51768 51962 55502 56985 56689 56822 57065 59671 59698 60337 61811 62559 63809 67585 68073 68908 68952 70293 72018 72164 73294 74602 75764 79410 80523 80678 81334 81589 83141 83227 84272 85560 86159 88414 90940 95069 95802 95827 100566 104666 105291 108624 109958 110709 111229 113597 114951 116636 115775 117161 117198 117914 118195 120811 120847 121312 124825 125405 125843 130977 134668 137595 138099 139434 139608 141816 142119 141200 143024 143100 143870 143733 144731 148354 150206 152257 153547 155566 159224 161103 162914 169055 171575 171691 173775 174025 174380 175966 176084 176927 182301 186004 186858 187675 187695 188978 190265 191444 197822 197688 199231 199314 200146 206302 206747 107016 209420 213007 213638 214299 215379 221221 221691 222609 223279 223939 224787 226950 226214 228593 231470 233776 234313 236230 237842 238567 239906 242194 246005 246620 250551 253506 256464 263735 264956 268769 266998 268464 268581 269458 271561 271992 272341 273924 275636 278028 278254 278771 281982 282636 283820 284755 287909 290894 292007 296743 297527

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 490 Mark gezogen:

2 zu 40000 M 4034
2 zu 15000 M 142934
6 zu 10000 M 46170 113322 288632
18 zu 5000 M 6482 105678 173540 189021 195759 223930 224208 293383 295590
95 zu 3000 M 8318 16017 29791 33179 35767 47763 48657 48995 52320 74277 75542 79571 89481 83338 89703 113650 119651 135497 139135 141168 148860 149934 155817 162030 164411 164535 165391 166593 180151 185597 193059 196968 206090 220979 222293 223073 227363 237531 289969 241030 243706 249465 256012 260904 264759 269523 271683 282782
348 zu 1000 M 1025 6022 6139 9813 10767 11632 12825 13380 13950 13994 15996 19557 28383 30076 30995 32189 36424 36470 38820 39518 40571 41618 42473 42665 45059 45768 48111 50185 51088 53166 54725 54781 65006 71329 73314 74352 75025 76345 77945 78031 79807 83540 83597 85733 89277 90830 90836 91626 95960 97541 100889 101268 102685 105902 106755 109067 109927 111014 113996 115465 117763 120158 120217 122626 126697 126065 128196 128207 129964 131328 132630 132795 133589 140182 141219 141559 142591 142455 142513 142654 143034 143895 148523 145671 148963 154682 159054 159914 160537 164105 163609 164968 172404 172654 172903 174450 175363 176123 177403 178870 178477 181972 183618 184260 184953 185107 186725 192431 192042 193131 193222 194620 197152 197605 199544 200900 201119 202012 203151 204874 205778 205816 207668 209285 209454 210734 211007 211751 212963 216494 217942 218120 218271 218351 219680 220095 220975 221953 222480 234817 235408 236457 239008 239553 239591 240234 241149 244503 241570 250185 253291 264504 264598 266572 267337 267918 268568 270849 275659 275134 277277 278078 279006 283817 283848 284235 284482 289325 289811 292221 292387 292898 294544 295604

Vereins-Kalender.

Wird nur gegen Vorausbezahlung, die Zeile 4.00 Mark, aufgenommen.

Zentralverband der Böttcher. Mittwoch den 10. Mai, abends 7½ Uhr, wichtige Versammlung Faßlochsberg 9. [151

Arbeiter-Stenotachygraphen. Jeden Donnerstag 8 Uhr Uebungsabend in der 1. Bürgerknabenschule, Gr. Schulstraße. Anmeldung daselbst. [152

Touristen-Verein Die Naturfreunde. Sämtliche älteren Naturfreunde und Interessenten unsrer Bewegung treffen sich zu einem Diskussionsabend am Freitag den 12. Mai, abends 7½ Uhr, im Zeichensaal, Gr. Schulstr. 1. [151

Arbeiter-Turn- u. Sportbund, 2. Kr., 2. Bez. Sämtliche Teilnehmer, auch Fußballspieler, welche an den Wettkämpfen des Bundesfestes teilnehmen wollen sind schnellstens bei dem Bezirksturnwart zu melden. [151

Turnverein Fichte, Abt. Alte Neustadt. Am Donnerstag den 11. Mai, abends 8 Uhr, Versammlung bei Winter. [150

Briefkasten.

Berichterstatter Osterweddingen. Der Maifeierbericht ging erst am 9. Mai mittags ein und kann nicht mehr veröffentlicht werden. —

Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null.

Elbe.		Fall	Wuchs
Pardubitz	8. 5. — 0,52	0,70	—
Brandeis	. + 0,43	0,04	—
Melnik	. + 0,62	—	—
Leitmeritz	. + 0,54	—	0,04
Aussig	9. 5 + 1,74	—	0,18
Dresden	. — 1,00	0,06	—
Torgau	. + 1,18	0,02	—
Wittenberg	. + 2,37	—	0,01
Roßlau	. + 1,58	0,11	
Aken	8. 5. + 1,92	—	0,03
Barby	9. 5. + 1,98	0,09	—
Magdeburg	. + 1,53	0,05	—
Tangermünde	. + 2,75	0,13	—
Wittenberge	. + 2,59	0,08	—
Lenzen	8. 5. + 2,76	0,06	—
Dömitz	. + 2,14	0,09	—
Darchau	7. 5. —	—	—
Boizenburg	8. 5. + 1,98	0,12	—
Hohnstorf	9. 5. + 2,19	0,10	—

Mulde.		Fall	Wuchs
Düben	9. 5. + 0,53	0,09	—
Saale.			
Grochlitz	9. 5. + 1,70	0,06	—
Trotha	. + 2,54	0,06	—
Bernburg Up.	. + 1,74	0,11	—
Kalbe Oberpeg.	. + 1,79	0,06	—
Kalbe Unterpeg.	. + 1,56	0,07	—
Grizehne	. + 1,58	0,12	—
Havel.			
Brandenburg Oberpegel	8. 5 + 2,00	0,01	—
Brandenburg Unterpegel	. + 1,22	0,01	—
Rathenow Oberpegel	. —	—	—
Rathenow Unterpegel	. —	—	—
Havelberg	. + 2,76	0,06	—

Wettervorhersage.

Mittwoch den 10. Mai: Zunächst wolkig, kühler, nirgends nennenswerte Niederschläge. —

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Mitteilungen aus der Buchhandlung Volksstimme.

(Bestellungen nehmen alle Zeitungsausträgerinnen entgegen.)

Zur Abholung liegen bereit:

Sozialistische Monatshefte Nr. 10. — Die Glocke Nr. 5. — Welt und Wissen für Mai.

Wieder vorrätig sind:

Leo Matthias: **Genie und Wahnsinn in Rußland.** Broschiert 24 Mk., gebunden 36 Mk.
Friedr. Marcus Hübner: **Europas Kunst und Dichtung.** 10 Mk.
Dr. Elisabeth Rotten: **Aufgaben künftiger Völkerbunderziehung.** Mit einem Geleitwort von **Friedrich Wilhelm Förster.** 4 Mk.
Walter Hasenclever: **Der Retter.** Dramatische Dichtung, geh. 5 Mk., geb. 15 Mk. — **Gobseck.** Drama, 26 Mk.

Aus der Schriftenreihe „Umsturz und Aufbau":

Georg Herwegh: **Reißt die Kreuze aus der Erden!** Gedichte, 3 Mk.
Walter Hasenclever: **Der politische Dichter.** 3 Mk.
Karl Marx: **Zur Judenfrage.** Herausgegeben und eingeleitet von Stephan Großmann, 3 Mk.
Johannes R. Becher: **Ewig im Aufruhr,** Gedichte, 3 Mk.
George D. Herron: **Der Pariser (Versailler) Frieden und die Jugend Europas.** 3 Mk.
Georg Büchner: **Friede den Hütten — Krieg den Palästen.** 3 Mk.
Rudolf Leonhard: **Kampf gegen die Waffe.** 3 Mk.

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltung Magdeburg. 316

Donnerstag den 11. Mai, nachmittags 5 Uhr, im Verbandsbureau, Große Münzstraße 3

Wichtige Vertrauensmänner-Sitzung der Jugendabteilung.

Tagesordnung:
Stellungnahme zur Jugendkonferenz in Leipzig, Organisationsfragen und Verschiedenes.

Freitag den 12. Mai, abends 7 Uhr, im großen Saale des Konzerthauses, Leipziger Str.

Versammlung aller im Metallarbeiterverband organisierten Hilfsarbeiter.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen Bock über Das Arbeitszeitgesetz. 2. Hilfsarbeiterfragen.

Wir bitten die Vertrauensleute, in den Betrieben sofort Buchkontrolle vorzunehmen, und die Betriebsobleute ersuchen wir, die Vertrauensleute der Jugendsektion auf die Sitzung am 11. Mai aufmerksam zu machen. Mit Gruß Die Verwaltung.

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltung Magdeburg.

Zum 15. Juni, spätestens 1. Juli 1922 wird in unsre Verwaltung ein

Bureaubeamter

eingestellt, dessen Tätigkeit zum größten Teil im Schalterdienst besteht. Bewerber müssen wirkliche Kenntnisse und Erfahrungen in der Arbeiterbewegung besitzen und mit dem Arbeitsrecht, Tarif- und Schlichtungswesen vertraut sein. Des weiteren ist eine [illegible] Mitgliedschaft in unserer Organisation Bedingung. Das Bewerbungsschreiben muß enthalten: Angaben über Alter, Beruf und die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung. Die Bewerbungen sind mit der Aufschrift „Bewerbung" bis spätestens 31. Mai an **Kurt Kaufhold, Große Münzstraße 3, I, zu richten.** 316

Die Verwaltung.

Fahrplan der Kleinbahn Wolmirstedt—Colbitz.

Gültig vom 14. Mai 1922

Entfernung km	2 W 2. u. 3.	2 S ● 2. u. 3.	4 S 2. u. 3.	4 W 2. u. 3.	6 S 2. u. 3.	8 S ● 2. u. 3.	Zug-Nr. Klasse	Bahnhöfe	Zug-Nr. Klasse	1 W 2. u. 3.	1 S ● 2. u. 3.	3 S 2. u. 3.	3 W 2. u. 3.	5 S 2. u. 3.	7 S ● 2. u. 3.
	4.16	4.16	7.28	1.08	5.18	11.03	ab	Stendal	an	7.22	7.22	10.52	5.28 7.44	7.44	12.52
	5.24	5.24	8.40	2.18	6.32	12.08	an	Wolmirstedt	ab	6.18	6.18	9.50	4.28 6.37	6.37	11.45
	5.10 5.55 6.30	5.55	9.24	3.57 4.33	6.10	11.20	ab	Magdeburg	an	6.18 7.31	—	9.05	5.50 6.57	6.57 7.50	12.32
	5.34 6.18 6.52	6.15	9.50	4.23 4.59	6.37	11.45	an	Wolmirstedt	ab	5.50 7.08	—	8.40	5.25 6.32	6.32 7.24	12.08
0,0	7.00	6.30	10.00	5.05	6.45	12.10	ab	Wolmirstedt	an	5.34	6.11	8.31	4.10	6.16	11.36
3,3	7.10	6.38	10.10	5.15	6.53	12.18	ab	Rose-Farsleben	ab	5.24	6.04	8.24	4.01	6.09	11.29
5,9	7.18	6.46	10.18	5.23	7.00	12.26	ab	Lindhorst-Schricke	ab	5.17	5.57	8.17	3.57	6.02	11.22
8,5	7.25	6.53	10.25	5.30	7.07	12.33	an	Colbitz	ab	5.10	5.50	8.10	3.50	5.55	11.15

Bemerkungen: W verkehrt nur Werktags; S verkehrt nur Sonn- und Festtags; ● verkehrt nur bis 30. September.

Geschlechtsleiden
und ihre Behandlung durch unschädliche, lang erprobte **Kräuterkuren** ohne Einspritzung und ohne Berufsstörung bei frischen und veralteten Leiden. Ausführliche Broschüre mit Anweisung zur Selbstbehandlung und vielen Dankschreiben versendet diskret gegen **5.00 Mark Dr. C. J. Rauelser,** medizinischer Verlag, **Hannover, Odeonstraße 3.** A 76

Blutarme, Nervöse, Rekonvaleszenten eßt 4857
Haemacolade
Karton statt 5.50 Mk. jetzt 3.00 Mk.
C. F. Seyer, Kaiserstr. 97.

Anläßlich des **25 jährigen Geschäfts-Jubiläums** und der **silbernen Hochzeit** bleibt mein Geschäft am **Mittwoch, 10. Mai** geschlossen. 6868
Hermann Möller Magdb.-Buckau.

Corvin:
Der Pfaffenspiegel
Beschlagnahme vom 1. Oktober 1921 jetzt endlich aufgehoben!
— Preis 25.00 Mark. —
Sofort bestellen! Sofort bestellen!
Buchhandlung Volksstimme, Große Münzstr. 3.

Bekanntmachung.
Es ist in letzter Zeit vorgekommen, daß einige Wagenbegleiter von unsrer Kundschaft in betrügerischer Weise Vorausbezahlungen verlangten und auch größere Beträge für Waren erhielten, die angeblich erst später geliefert werden sollten. Wir weisen deshalb darauf hin, daß die Wagenbegleiter nicht dazu berechtigt sind, Geld im voraus einzukassieren, und bitten unsre verehrte Kundschaft, solche Forderungen zurückzuweisen und uns sofort Nachricht zukommen zu lassen.
Auch sind uns Klagen über zu knappes Maß zugegangen. Unserm Verkaufspersonal wird die Milch so reichlich zugemessen, daß überall gutes ausreichendes Maß gegeben werden kann. 482
Wir bitten deshalb, wenn berechtigte Klagen vorliegen, um sofortige Nachricht.
Magdeburg, den 6. Mai 1922.
Magdeburger Molkerei
Gesellschaft m. b. Haftung.
Telephon 1494 1762 3381.

Bruch u. Gegenstände aus **Gold Silber Platin alte Gebisse gold. Uhren Brillanten** z. höchsten Tagespreis. 456
Fr. Bachhausen Kl. Junkerstraße 1, Ecke Gr. Junkerstraße. Telephon 8137.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltung Magdeburg.

Nachruf.
Am 5. d. M. starb unser Mitglied, der Former
Otto Maaß
an Leberkrebs, 56 Jahre alt; am 6. d. M. der Arbeiter
Andreas Alsleben
an Magenkrebs, 44 Jahre alt; am 7. d. M. der Kernmacher
Paul Engelmann
an Lungentuberkulose, 42 Jahre alt; am 6. d. M. der Former
Gustav Oelze
an Wassersucht, 69 Jahre alt. 316
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung der Kollegen Maß und Alsleben hat bereits stattgefunden, die des Kollegen Engelmann findet am Donnerstag den 11. Mai, vormittags 9¼ Uhr, von der Halle des Südfriedhofs aus statt; die des Kollegen Oelze am Mittwoch den 10. Mai, nachmittags 1½ Uhr, von der Halle des Neustädter Friedhofs aus.
Die Verwaltung.

Jagdverpachtung.
Folgende Jagdnutzungen im Stadtkreise Magdeburg, nämlich:
1. die Jagdnutzung im Jagdbezirk Wilhelmstadt (etwa 451 Hektar)
2. die Jagdnutzung im Jagdbezirk Cracau-Prester (etwa 285 Hektar)
3. die Jagdnutzung im Jagdbezirk Neustadt (etwa 1291 Hektar)
4. die Jagdnutzung im Jagdbezirk Fermersleben I (etwa 394 Hektar)
5. die Jagdnutzung im Jagdbezirk Fermersleben II (etwa 176 Hektar)
6. die Jagdnutzung im Jagdbezirk Salbke I (etwa 265 Hektar)
7. die Jagdnutzung im Jagdbezirk Salbke II (etwa 380 Hektar) einschließlich des bisherigen Eigenjagdbezirks des Hospitals St. Georgii
sollen, und zwar jede besonders, am
Sonnabend den 27. Mai, vormittags 10 Uhr, im Magistrats-Konferenzzimmer im Altstädter Rathause zu Magdeburg auf die drei Jahre vom 1. Juli 1922 bis 30. Juni 1925 öffentlich meistbietend verpachtet werden. Die Pachtbedingungen liegen zwei Wochen lang, vom 11. bis 25. Mai, im Geschäftsbereich [illegible], Altstädter Rathaus, Zimmer 3, werktäglich während der Dienststunden aus und werden im Termin bekanntgegeben werden. 270
Magdeburg, den 6. Mai 1922.
Der Oberbürgermeister als Jagdvorsteher.

Färberei Franz Wolff
G. m. b. H. — Tel. 4686. A 12
Läden überall
Beste Ausführung
Schnellste Bedienung

Grammophon-Reparaturen
Ersatzteile — Schallplatten. Mechan. Werkstatt Apfelstr. 6.

Erfinder verl. geg. 1.50 Mk. i. Briefmarken den 52seit. unentbehrl. Erfinder-Wegweiser v. Patentbür. Böhme, Halberstadt.

Emser Wasser geg. Katarrh, Husten u.s.w.

Echte extrastarke Waltherius Bienfong-Essenz (Destillat) 12 Fl. Mk. 62.—, b. 24 Fl. Mk. 110.— franko und inkl. Zu haben in Apotheken und Drogerien. Hersteller Laboratorium E. Walther, Halle a. S.-Trotha 128.

Piano aus Hofpianofortefabrik wie neu preiswert zu verkaufen
Heinrichshofen Breiteweg 171/72

Standesamts-Nachrichten.

Magdeburg-Altstadt.
Todesfälle. 9. Mai. Rechtskonsulent Otto Benner, 65 J. Kassen-Inspektor Karl Schmidt, 60 J. Formermeister Gustav Oelze, 69 J. Verw. Arbeiter Sophie Funke geb. Kiel, 73 J. Gerhard, S. des Arb. Gerhard Schmidt, 2 J. Hedwig geb. Zimmer, Ehefrau des Kaufmannes [illegible] Scharschuh, 61 J. Verw. Musiker Margarete Jäger geb. Dießner, 38 J.

Magdeburg-Neustadt.
Todesfälle. 8. Mai. Ledige Johanna Herzer, 18 J. Ehefrau des Eisendrehers Otto Heinrich, Luzie geb. Schöneck, 38 J. Heinz, S. des Tischlers Paul Zukel, 1 J.

Magdeburg-Sudenburg.
Todesfälle. 8. Mai. Ehe. unehelich, 3 M. Werkmeister Gustav Paul, 62 J. Friederike Wagner geb. [illegible], geschieden, 68 J. Emma Schaef geb. [illegible], geschieden, 51 J. Straßenbahn-Wagenführerin Martha Kopf, 38 J. [illegible] Friedrich [illegible], 65 J.

Arbeitsmarkt

Suche für sofort **Frau** ohne Anhang als Wirtschafterin. [illegible] Thiemann, Barleben bei [illegible]

Auf sofort [illegible] Lehrmädchen gesucht. [illegible]

Junge Dame
mit schlanker Figur und eleganter Haltung zu [illegible] gesucht. Zu melden [illegible] 9—12 und 3—5 Uhr [illegible] Straße [illegible] Zimmer 54.

Selbständige, nach Zeichnung arbeitende **Heizungs-Monteure** f. dauernde Beschäftigung sofort gesucht. [illegible] Wernicke & Kayser, Domstraße 30.

Zuverlässiges tüchtiges **Mädchen**
bei guter Behandlung für besseren Haushalt zu sofortigem Antritt gesucht. [illegible] Exped. d. Ztg.

Eine vollständige Schneider-Einrichtung in sehr gutem Zustande zu verkaufen. 6871
J. Weil Breiteweg 212/22.

Damen
welche mit Haarersatz gut und reell bedient sein wollen, wenden sich am besten an
Franz Kohn Damen- u. Herrenfriseur, Wilhelmstraße 13.

Frankfurt a. M. [illegible] in modernem
Jackett-Anzügen
zu sehr billigen Preisen. Gelegenheitskaufgeschäft.
Max Eckstein
Königshofstraße 5
Ecke [illegible]

Nähmaschinen auch defekte, kauft Gölle, Goldschmiedebrücke 1. 6870

Kurt Kunkel [illegible]
Tabletten, Pflaster
[illegible]
Breiteweg 158

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie für die Kranzspenden beim Heimgang unsrer lieben Tochter **Luzie** sagen wir hierdurch allen Verwandten und Bekannten unsern herzlichsten Dank. Dank Herrn Pastor Matthisson für die trostreichen Worte am Grabe sowie den Freundinnen, den Schulfreundinnen und Mitarbeiterinnen für das letzte Geleit. 490
Hohendodeleben, den 8. Mai 1922.
Familie Wilhelm Freuth.

Nachruf.
Am 5. Mai wurde uns ein lieber, braver Parteigenosse, der Bahnarbeiter 481
Wilhelm Emmert
im 52. Lebensjahre durch den Tod entrissen. Dem Verstorbenen bewahrt ein ehrendes Gedenken
Der Sozialdemokratische Verein Biederitz.